

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

32. Sitzung
18. März 2024

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.18 Uhr
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ich rufe auf

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bevölkerungsschutz in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0147](#)
InnSichO

- b) Antrag der AfD-Fraktion [0085](#)
InnSichO(f)
UVK
Drucksache 19/0716
**Berlin auch im Notfall versorgungssicher machen –
Trinkwasserbrunnen endlich sanieren, hierzu
Notfallversorgung mit Kraftstoffen und Notstrom
absichern!**

Hierzu: Anhörung

Ich darf darauf hinweisen, dass zu Punkt 2 b Frau Fritz-Taute seitens der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt anwesend ist. – Herzlich willkommen! Und ich hatte im Namen des Ausschusses darum gebeten, dass Herr Karsten Göwecke, Leiter der Projektgruppe zur Schaffung eines Landesamtes für Katastrophenschutz, aus der Verwaltung für Inneres und Sport zu Punkt 2 an der Sitzung teilnimmt. Dieser Entsendungsbitte ist die Senatsverwaltung nachgekommen; Herr Göwecke ist zu diesem Punkt anwesend. – Herzlich willkommen und vielen Dank dafür, dass Sie hier heute zur Verfügung stehen!

Zu Punkt 2 b liegt die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vor. Darin empfiehlt dieser mehrheitlich – mit CDU, SPD, Grünen und Linken, gegen AfD – die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/0716.

Zu Punkt 2 begrüße ich als Anzuhörende ganz herzlich Frau Prof. Dr. Birgitta Sticher mit der Professur für Psychologie und Führungswissenschaft im Fachbereich 5, Polizei und Sicherheitsmanagement, an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Frau Gudrun Sturm, Vorstandsvorsitzende Deutsches Rotes Kreuz – Landesverband Berliner Rotes Kreuz e. V., mit ihrem Mitarbeiter Herrn Lee-Jérôme Schumann – herzlich willkommen! –, und Herrn Brigadegeneral Jürgen Karl Uchtmann, Kommandeur des Landeskommandos Berlin der Bundeswehr – herzlich willkommen! Ferner nimmt Herr Philipp Cachée, Katastrophen- und Zivilschutzbeauftragter des Bezirksamtes Lichtenberg von Berlin teil. – Auch Ihnen herzlich willkommen! Ich danke Ihnen allen, dass Sie heute hier zur Verfügung stehen bei diesem wichtigen Thema und uns Ihre Expertise zu Gehör bringen werden!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls nach § 26 Absatz 7 Satz 4 unserer Geschäftsordnung gewünscht wird. – Das ist der Fall. Dann kommen wir nun zur Begründung – ich nehme an, die wird gewünscht –, und zwar zunächst zu Punkt 2 a und dann direkt im Anschluss zu Punkt 2 b, zum Antrag. – Herr Abgeordneter Dregger, bitte! Sie haben das Wort zur Begründung.

Burkard Dregger (CDU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlichen Dank an alle Anzuhörenden bereits jetzt, dass Sie erschienen sind! Wir haben in Berlin in den letzten Jahren im Bereich Katastrophenschutz Erfahrungen gesammelt. Wir sind, glaube ich, an einem Nullpunkt gestartet, wir haben ungeheuer viel dazugelernt. Die Coronapandemie hat uns zwei Jahre intensiv beschäftigt. Dank der Amtshilfe durch die Bundeswehr ist sie bewältigt worden, aber auch dank der hervorragenden Unterstützung durch die Berliner Hilfsorganisationen. Ich glaube, dass der Erfahrungshorizont aufseiten des Senates, auch der Bezirke durch diese Erfahrungen gewachsen ist. Auch der Teilstromausfall damals in Treptow hat uns vor Augen geführt, was für Szenarien infrage kommen, und nicht zuletzt der Angriff Russlands auf die Ukraine hat uns allen, aber auch den Menschen, den Bürgern – in den Gesprächen

merkt man das – vor Augen geführt, dass es noch weitergehende Szenarien gibt, auf die wir uns verantwortungsvollerweise vorbereiten sollten. Auch der Anschlag auf die Stromversorgung des Automobilherstellers Tesla hat gezeigt, woher Gefahren drohen können, auf die wir reagieren müssen. Wir sehen also, dass eine große Metropole wie Berlin, die ja einschließlich des Umlandes weit über 4 Millionen Menschen umfasst auf engstem Raum, sehr vulnerabel ist, sehr verletzlich ist und die Szenarien ja unvorstellbar vielfältig sind.

Der Bundesverteidigungsminister hat vor wenigen Tagen anlässlich seines Besuches in den baltischen Staaten dazu aufgefordert, den Zivilschutz zu stärken, der ja die kriegsbedingten Gefahren abdecken soll und für den der Bund zuständig ist. Sehr interessant war vor Kurzem in der Berliner Morgenpost ein Interview mit dem Geschäftsführer des Gemeindebundes, Herrn Berghegger, der aus Sicht der Kommunen deutschlandweit hierzu Stellung genommen hat und gesagt hat, dass hier ein ungeheurer, nicht etwa nur Berlin betreffender, sondern im Grunde alle deutschen Kommunen betreffender Bedarf besteht, den Bevölkerungsschutz zu stärken und dafür auch die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Er hat bedauert, dass auf der Bundesebene nun ausgerechnet im laufenden Haushalt die Mittel für den Bevölkerungsschutz um 40 Millionen Euro reduziert worden sind. Wir alle müssen uns also auch fragen, welche Verantwortung wir hier haben, damit wir von Bevölkerungsschutz nicht nur reden, sondern ihn auch leisten.

Auf Landesebene hat sich die Koalition aus CDU und SPD dieses Themas angenommen, was wir auch durch die Anmeldung dieser Anhörung unterstreichen wollen. Wir haben insbesondere entschieden, dass wir ein Katastrophenschutzzentrum in Berlin gründen wollen. Wir haben die ersten Personalmittel dafür zur Verfügung gestellt in dem inzwischen laufenden Doppelhaushalt 2024/25. Es kommt uns natürlich darauf an, den Katastrophenschutz auch für den Zivilschutzfall zu strukturieren und zu optimieren. Da gibt es unendlich viele Themen, ich will nur einige wenige nennen, die von großer Bedeutung sind: Wir wollen, dass es ein ständiges Lagebild gibt. Wir wollen also wissen, was wann wo passiert. Wo zeichnen sich Gefahren ab? Lagebild 24/7. Wir wollen feststellen lassen, über welche Ressourcen das Land Berlin und die Bezirke eigentlich im Bereich des Katastrophenschutzes verfügen. Und wir müssen uns dann ja überlegen: Wie schaffen wir eigentlich den Zugriff auf diese Ressourcen? Das ist etwas, was wir dann auch gesetzgeberisch womöglich weiterverfolgen müssen. Wir müssen Verbindungsstrukturen ermöglichen zwischen dem neuen Katastrophenschutzzentrum und den 37 Katastrophenschutzbehörden, die wir in Berlin haben. Wir müssen dafür sorgen, dass Schulungen und Beratungen der Verwaltung, auch auf der bezirklichen Ebene, stattfinden, um die Resilienz und die Abwehrfähigkeit dort zu stärken. Und wir haben sicherlich ein Interesse daran, die Bevölkerung selbst mitzunehmen, damit sie selbst Vorsorge trifft, aber auch, damit sie sich motivieren lässt, sich als Hilfwillige ausbilden zu lassen und mitzuwirken.

Das ist sicherlich kein abschließender Katalog, aber das sind Themen, die sich die Koalition jedenfalls in ihrer Verantwortung jetzt als Regierungsfractionen auf den Fahne geschrieben hat. Ich bin sehr dankbar, dass wir uns heute einen Zwischenstand geben können. Es ist nur ein Zwischenstand, denn die auf uns zukommenden Aufgaben sind enorm und angesichts der Verletzlichkeit einer so großen Metropole wie Berlin nicht in kurzer Zeit abzudecken. Aber umso wichtiger ist, dass wir uns jetzt ernsthaft damit beschäftigen und in der Folge der Anhörung dann auch die notwendigen Entscheidungen treffen. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dregger! – Es folgt eine Ergänzung vonseiten der SPD-Fraktion. – Herr Abgeordneter Matz, Sie haben das Wort!

Martin Matz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, bei diesem Thema sind wir insoweit alle auf demselben Ausgangspunkt, als dass wir, egal ob Koalition oder Opposition, an der Stelle erst mal sagen müssen, dass für den Bevölkerungsschutz aktuell immer noch zu wenig getan wird und in den letzten Jahrzehnten zu wenig getan worden ist. Ich denke, man kann erst mal noch nachvollziehen, wie das entstanden ist, dass sicherlich gerade in Berlin, wo es besonders viele Vorkehrungen für den Bevölkerungsschutz gegeben hat, ab 1990 praktisch alles, was man früher dort an Vorkehrungen getroffen hatte, erst mal aufgelöst worden ist und man sich dem Gefühl hingeeben hat, dass man das alles nicht mehr brauche.

Nun ist es aber so, dass die Anlässe, gut vorbereitet zu sein, durchaus sehr unterschiedlich sind. Damals hat man natürlich vor allen Dingen an kriegerische Auseinandersetzungen gedacht, als Berlin noch eine geteilte Stadt war. Aber gerade die jüngste Vergangenheit hat uns gezeigt, dass es eben unterschiedlichste Anlässe gibt, für die man gut vorbereitet sein muss. Der Stromausfall in Köpenick 2019 ist ein solches Beispiel. Auch wenn es nur 30 bis 35 Stunden dauert, bis der Strom wieder da ist, hat man damals schon gesehen, was da alles dranhängt. Es geht nicht nur um die Bevölkerung, die ganz normal in ihren Wohnungen lebt, sondern es geht genauso auch um Krankenhäuser, um Pflegeheime, um diverse Einrichtungen, die auch nicht über eine eigene Notstromversorgung verfügen und die dann unterstützt oder gegebenenfalls evakuiert werden müssen. Aber auch die breite Bevölkerung braucht Anlaufstellen, die es zum damaligen Zeitpunkt noch nicht in der nötigen Ausprägung gegeben hat. Katastrophenschutz-Leuchttürme sind ein wichtiges Projekt vor diesem Hintergrund. Da kommt es aber auch darauf an, dass die dann auch voll einsatzfähig sind, und auch darüber erhoffe ich mir heute weitere Erkenntnisse.

Genau so ein Anlass war auch der kurzfristige Aufbau von Impfzentren im Jahr 2021, der auch dem Bevölkerungsschutz gedient hat und bei dem man sehen konnte, dass auch, wenn es für solche spezifischen Lagen keine Vorbereitung gegeben hat, der Wille und die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Beteiligten, der Hilfsorganisationen genauso wie der Bundeswehr, aber auch von den Bezirksamtern, groß ist, dem Senat dann zu helfen, mit solchen Lagen umgehen zu können. Auch hier stellt sich aber natürlich dann im weiteren Verlauf die Frage, was wir noch tun können, um besser vorbereitet zu sein. Die Koalition hat ja deswegen auch beschlossen, die konsumtiven Ausgaben der Hilfsorganisationen besser finanziell aufzufangen und gleichzeitig investive Mittel bereitzustellen, um zusätzliche Fahrzeuge zu beschaffen, die ja teilweise auch einen sehr speziellen Charakter haben, wie zum Beispiel für die Dekontamination, wofür ja auch Fahrzeuge im Haushalt vorgesehen sind, jetzt während des laufenden Doppelhaushalts.

Insoweit gibt es viel Grund, den Bezirken, den Hilfsorganisationen und der Bundeswehr für die Leistungen in der Vergangenheit zu danken, für das, was sie tun, aber auch selber gezielter und klarer vorbereitet zu sein auf die unterschiedlichsten Fälle. Der Bevölkerungsschutz ist weiterhin eine Aufgabe, bei der noch viel zu tun ist und bei der wir auch darauf setzen, dass das Katastrophenschutzzentrum, das wir ja deswegen im Doppelhaushalt mit zusätzlichen Stellen für den Aufbaustab ausgestattet haben, uns dabei unterstützen und dafür sorgen wird, dass der Grad der Vorbereitung erheblich besser ist, als wir es in den letzten 20, 30 Jahren in Berlin beobachtet haben. Insoweit hoffe ich heute hier auf gezielte zusätzliche Erkennt-

nisse, was wir über das, was wir im Haushalt getan haben, hinaus als Berliner Abgeordnetenhaus noch zusätzlich tun können, um weitere Defizite zu beseitigen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Matz! – Die Fraktion der AfD erhält die Möglichkeit, den Antrag zu 2 b zu begründen. – Bitte, Herr Abgeordneter Woldeit, Sie haben das Wort!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Dem Dank des Kollegen Matz an die entsprechenden Organisationen schließe ich mich vollumfassend an. Ich bin auch dankbar für die Ausführungen der Kollegen Dregger und Matz bezüglich der Wichtigkeit von Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Kollege Dregger hat das Beispiel angesprochen, das wir vor einigen Jahren in Treptow-Köpenick mit dem langanhaltenden Stromausfall hatten. Wir haben dazu umfassende Schriftliche Anfragen eingereicht, um die Ist-Lage im Rahmen des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes insgesamt abzufragen, unter anderem natürlich auch im Rahmen der Trinkwasserversorgung, weil im Rahmen eines solchen Störungsfalles die reguläre Trinkwasserversorgung einfach nicht mehr gewährleistet ist. Auch die Versorgung mit Kraftstoffen, Treibstoff und Ähnlichem ist dann nicht mehr gewährleistet. Tankstellen arbeiten in einem solchen Fall nicht, und unabhängig von einer Baustellensituation besteht natürlich auch immer die Gefahr eines Anschlages auf kritische Infrastruktur, terroristischer Anschläge, wie wir beim Tesla-Werk gesehen haben.

Die Defizite waren vor einigen Jahren offenbar; sie sind mitunter immer noch da. Ich will aber trotzdem nicht versäumen anzusprechen, dass sich doch einiges getan hat, gerade auch in den Bezirken, gerade was den Bereich der Katastrophenschutz-Leuchttürme angeht. Aber etwas zu tun, heißt noch nicht, abgeschlossen zu handeln, sondern das Bessere ist der Feind des Guten. Das heißt, wir müssen wirklich erkennen, wie wichtig Bevölkerungs- und Katastrophenschutz insgesamt ist. Ich erinnere mich noch an die Zeit 2006, als ich selbst Soldat war und wir in Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft umfassend Lagen geübt haben mit dem Deutschen Roten Kreuz et cetera pp. Auch dort wurden die Defizite aufgezeigt, man hat aber auch gehandelt. Leider ist das dann im Laufe der Jahre wieder ein Stück weit eingeschlafen, was ich bedauert habe; denn wenn man erkannt hat, wo überall Schwierigkeiten und Probleme sind, dann muss man auch herangehen, um diese aufzuarbeiten. Und ich finde es auch nicht gut, auch als Zeichen nicht, dass die Bundesregierung 40 Millionen Euro einsparen möchte in diesem wichtigen Sektor. Ich hoffe, dass die Koalition, wie sie es im Koalitionsvertrag auch formuliert hat, dort einen anderen Weg geht. Auch stimme ich dem Kollegen Matz zu, dass wir wahrscheinlich hier, was die Stärkung des Katastrophenschutzes angeht, koalitionsübergreifend grundsätzlich einer Meinung sein sollten, und freue mich auf die hohe Fachexpertise, die wir gleich hören werden und natürlich auch die Stellungnahme des Senates. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Woldeit! – Der Senat hat mir mitgeteilt, dass er zunächst eine Stellungnahme hierzu abgeben wird. – Herr Staatssekretär, bitte, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit Ihrer Erlaubnis würde ich zunächst kurz zum Tagesordnungspunkt 2 b ausführen, dass am 4. März 2024 der Antrag der Koalitionsfraktionen mit dem Titel „Notfall-Wasserversorgung sichern: Überführung der Zuständigkeit öffentlicher

Schwengelpumpen an die Berliner Wasserbetriebe“ einstimmig vom federführenden und zuständigen Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe angenommen worden ist. Auch die Beschlussempfehlung zur Annahme des Antrages des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz erfolgte einstimmig, also in beiden Fällen auch mit Stimmen der hier antragstellenden Fraktion.

Mit Ihrem Antrag verfolgt die Koalition das Ziel, die Funktionsfähigkeit aller Brunnen – und ich sage ausdrücklich, das sind Landesbrunnen und Bundesbrunnen – wieder herzustellen. Und ich bin davon überzeugt, dass eine Zentralisierung dieser Aufgabe bei den Berliner Wasserbetrieben eine gute Basis dafür schaffen wird, bestehende Mängel schnell und effektiv beheben zu können und eine dauerhafte Vorhaltung mit einer umfassenden Notwasserversorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Nach der aktuellen Beschlusslage wird dem Abgeordnetenhaus bis zum 30. September 2024 über die Umsetzung Bericht erstattet. Die Zentralisierung entlastet die Bezirke und wird dazu führen, einen besseren Überblick über den Investitionsbedarf zu erhalten. Gestatten Sie mir noch eine abschließende Anmerkung dazu: Die Pumpen, diese Schwengelpumpen, wie sie ja heißen, die Straßenbrunnen werden mit Muskelkraft bedient. Man kennt sie aus dem Stadtbild. Eine Versorgung dieser Brunnen mit Notstrom ist dazu nicht erforderlich.

Der Bevölkerungsschutz, der Zivilschutz, der Katastrophenschutz – das ist in den einleitenden Stellungnahmen deutlich geworden – ist mit Beginn von 1990 etwas aus dem Blick geraten. Ich will das nicht werten; es steht mir auch nicht zu, das zu werten, was Vorgängerregierungen gemacht haben. Wir befinden uns aber – Herr Abgeordneter Dregger hat das sehr plastisch dargestellt – an einem Nullpunkt. Da befinden wir uns zum Glück nicht mehr ganz, aber wir befanden uns an einem Nullpunkt, und insofern ist es ganz wichtig, dass wir hier insgesamt besser werden. Insofern freue ich mich, dass wir heute die Gelegenheit haben, auch in der Anhörung in der Tat einen Zwischenstand abgeben zu können; es kann auch nicht mehr als ein Zwischenstand sein. Wir haben mit Hochdruck angefangen und begonnen, den ganzen Bereich des Zivilschutzes, den ganzen Bereich des Katastrophenschutzes und den Bereich des Bevölkerungsschutzes in den Blick zu nehmen und die erforderlichen Strukturen aufzubauen, von denen wir inzwischen wissen, dass wir sie leider auch weiterhin brauchen. Wir haben eine Coronapandemie gehabt, in der wir gemerkt haben, dass wir das brauchen. Viele andere Szenarien sind bereits heute hier genannt worden, die das deutlich gemacht haben. Nicht zuletzt die kriegsartige Auseinandersetzung, der Überfall Russlands auf die Ukraine macht deutlich, dass auch hier entsprechender Handlungsbedarf besteht.

Der Bevölkerungsschutz ist ja insgesamt ein Oberbegriff für die tägliche Gefahrenabwehr und die Gefahrenvorsorge und für die verschiedenen Leistungen der Daseinsvorsorge. Es betrifft also insgesamt die Sicherheit der Bevölkerung im Land Berlin. Gemäß ASOG, gemäß dem Polizeigesetz des Landes Berlin sind alle Ordnungsbehörden auch Gefahrenabwehrbehörden und gemäß Katastrophenschutzgesetz Berlin fast alle Behörden auch Katastrophenschutzbehörden mit den entsprechenden Rechten und Pflichten bei der Gefahrenabwehr und Vorsorge, und – auch das ist schon deutlich geworden, Herr Abgeordneter Dregger hat das in Bezug genommen – wir haben 37 solcher Behörden im Bereich des Landes Berlin.

Das umfasst daher über alle Fachressorts hinweg den Schutz vor verschiedenen Gefahren, die von Menschen, von Unternehmen oder von der Umwelt ausgehen, sowie eine Vielzahl operativer und administrativer Maßnahmen, die der Vorsorge und Minimierung möglicher Folge-

wirkungen dienen, insbesondere in den Bereichen der Bildung von Gefahrenabwehrstrukturen in allen betroffenen Fachbehörden und auf allen Ebenen, natürlich aber auch die Funktionsfähigkeit der Polizei Berlin, der Berliner Feuerwehr und des Rettungsdienstes, die Ausstattung und die Ausbildung der Einsatzbehörden und der Einsatzkräfte, die Versorgung mit wichtigen Gütern und kritischer Infrastruktur und kritischen Dienstleistungen, zum Beispiel im Sektor Gesundheit – da gehört dann das Krankheitswesen dazu –, im Sektor Soziales – da gehören Unterstützungsleistungen hinzu –, im Sektor Wasser, Umwelt, Verkehr, ÖPNV. Und die Liste ist noch viel länger.

Das Zusammenwirken der Gefahrenabwehrstrukturen der Berliner Verwaltung untereinander und mit den Hilfsorganisationen – das will ich ganz ausdrücklich nennen: mit den Hilfsorganisationen –, aber auch mit den Betreibern kritischer Infrastrukturen, mit den Unternehmen und mit anderen Ländern und mit dem Bund ist daher eine zentrale Aufgabe. Deswegen ist es so wichtig, dass wir hier koordinieren, dass wir die Maßnahmen auch koordinieren mit chemisch-biologischer, radiologischer, nuklearer Gefahrenabwehr, dass wir die rechtlichen Rahmenbedingungen setzen – das ist auch schon genannt worden –, dass wir uns das Katastrophenschutzgesetz angucken, aber auch die Ausführungsvorschriften dazu, dass wir auch szenarienorientierte Planungen der Fachbehörden ganz eng begleiten und uns das anschauen; und, und auch das ist schon heute genannt worden, dass wir natürlich Öffentlichkeitsarbeit machen, dass wir die Menschen informieren, dass wir nicht nur warnen, sondern auch wieder die Sensibilisierung dafür schaffen, was das eigentlich alles bedeutet. Denn nach meiner Wahrnehmung – und das ist ja heute schon beim Thema der Sirenen deutlich geworden – besteht in vielen Teilen der Bevölkerung gar nicht mehr die notwendige Sensibilisierung dafür, was all diese Dinge denn bedeuten und mit welchen Konsequenzen sie für jeden Einzelnen verbunden sind.

Ungeachtet dieses Ressortprinzips – das habe ich jetzt ein bisschen auszuführen versucht – haben wir bei uns in der Senatsverwaltung für Inneres im Bereich des Katastrophenschutzes natürlich diese Koordinierungsfunktion und auch Hinwirkungspflichten darauf im Verhältnis zu den fachverantwortlichen Behörden. Der wird zum Beispiel natürlich mit Vorschriften, mit Leitfäden, mit Empfehlungen, behördenübergreifender Netzwerkarbeit und ressortübergreifenden Abstimmungen zu verschiedenen Fachthemen nachgekommen. Das Spektrum dieser gesamtstädtischen Koordinierung, dieser gesamtstädtischen Steuerung zu Themen des Bevölkerungsschutzes durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport ist dabei riesengroß. Ich will Ihnen ein paar Beispiele davon nennen: Im Sinne einer Vernetzung mit und zwischen Akteuren im Bevölkerungsschutz finden regelmäßige und vertrauensvolle Abstimmung mit allen Berliner Behörden, mit den Hilfsorganisationen, mit der Bundeswehr, mit der Bundespolizei, mit dem BMI, dem BBK, dem THW, mit Unternehmen für lokale Themen und weiteren Einrichtungen sowie auf Bund-Länder-Ebene zum Beispiel hinsichtlich folgender Angelegenheiten statt: beispielsweise das Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz, GeKoB, ein bundesweites digitales Lagebild, nationale und internationale Hilfeleistungssuchen, die wir bearbeiten, Bevölkerungswarnungen nicht nur am bundesweiten Warntag, bundesweiter Bevölkerungsschutz – auch darüber haben wir schon gesprochen –, Länderübergreifende Übungen, die durchgeführt werden, verschiedene Zivilschutzangelegenheiten und natürlich die Koordinierungsstelle Kritische Infrastrukturen beim BBK. Wir haben erst kürzlich bei uns im Haus, in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, eine Koordinierungsstelle Kritische Infrastrukturen auf Landesebene eingerichtet. Auch das ist ganz wichtig: dass die

Betreiber der kritischen Infrastrukturen im engen Austausch miteinander sind und sich da vernetzen.

Wir unterstützen die Fachbehörden bei der Erarbeitung und Fortschreibung von Katastrophenschutzplänen und Gefährdungsanalysen und der Konzeption von Gefahrenabwehrstrukturen. Wir haben, auch das ist schon in Bezug genommen worden, die Plattform Lagebild Berlin ins Leben gerufen, mit der staatliche und nicht staatliche Akteure vernetzt werden und mit der im Ernstfall lagerelevante Informationen in Echtzeit zwischen den beteiligten Institutionen ausgetauscht werden, wo dann auch weitere Maßnahmen abgestimmt und getroffen werden können. Wir koordinieren die Errichtung der bezirklichen Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstellen für die Bevölkerung in den Bezirken; Maßnahmen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit für 2024 werden derzeit abgestimmt. Wir haben den Leitfaden „Warnung der Bevölkerung“ erarbeitet und den Berliner Behörden zur Verfügung gestellt.

Im Zuge der Vorbereitung der EURO 2024, die ein riesengroßes Ereignis nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland sein wird, beteiligen wir uns natürlich auch an den entsprechenden sicherheitsrelevanten Fragestellungen. Lassen Sie mich Ihnen versichern: Das sind viele.

Im Zuge der Veränderung der Bedrohungslage infolge des russischen Angriffskrieges erarbeitet die Bundeswehr derzeit den Operationsplan Deutschland – ich freue mich sehr, dass Herr Brigadegeneral Uchtmann heute hier ist, um uns auch zu diesem Thema zu sensibilisieren –, der die Planungen für eine wirksame Gesamtverteidigung Deutschlands zum Gegenstand hat. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat hierbei die Koordinierung der Umsetzung dieses Operationsplans in der Berliner Verwaltung übernommen.

Wir konnten auch mit Ihrer Hilfe – und dafür sage ich ausdrücklichen Dank – die investiven Zuwendungen an die Hilfsorganisationen im Doppelhaushalt 2024/25 für Technik, für Fahrzeuge – und das ist so wichtig – auf 8,8 Millionen Euro steigern. Wir begleiten Projekte der Sicherheitsforschung in verschiedenen Themengebieten. Ein großes Anliegen ist uns auch die Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz, weil dies ein ganz verlässlicher und ein ganz wichtiger Eckpfeiler in der Organisation des Bevölkerungsschutzes in Deutschland ist. So führen wir beispielsweise alljährlich die Ehrenzeichenverleihung und den Blaulichttag durch.

Diese Aufzählung, und das war nur ein Ausschnitt, soll Ihnen einen kleinen Einblick geben in die vielfältigen Anstrengungen, die wir unternehmen, um insgesamt bei diesem Thema, wo wir zum Glück, Herr Abgeordneter Dregger, nicht mehr ganz am Nullpunkt sind, wo wir aber auch mit Sicherheit noch einen gewissen Weg vor uns haben, voranzukommen. Wir dürfen da nicht stehenbleiben. Als Schlussfolgerung aus den vielfältigen vergangenen Krisenlagen planen wir, um die vielen übergreifenden Aspekte der Gefahrenabwehr in Berlin noch schneller, noch intensiver, noch weiter voranzubringen, die Schaffung einer zentralen behördlichen Struktur im Katastrophenschutz. Wir brauchen eine zentrale Organisationseinheit, die nicht nur allgemeine Standards setzt, sondern auch konkrete Unterstützungswerkzeuge vorhält, die auch Kompetenzen bündelt. Wie Sie wissen, hat Innensenatorin Spranger hierfür eigens die Projektgruppe eingesetzt, und ich freue mich sehr, dass Herr Göwecke mich heute begleitet. Mit Einverständnis des Vorsitzenden würde ich mich freuen, wenn wir zum Stand der Arbeiten und zu den Themen noch Herrn Göwecke hören könnten. – Ich danke für den Moment!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! Das machen wir sehr gern so. – Herr Göwecke, bitte, Sie haben das Wort!

Karsten Göwecke (SenInnSport): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär! Vielen Dank! Sie haben eindrucksvoll vorgestellt, dass die Projektgruppe letztendlich nicht bei null anfangen muss. Damit wir nicht bei null anfangen mussten, war unter anderem wichtig bei der Arbeit, die wir Anfang letzten Jahres begonnen haben, dass die Unterstützung durch abgeordnete Mitarbeiter da war. An der Stelle darf ich mich bei der Feuerwehr und bei der Polizei bedanken, die neben Mitarbeitern aus dem Hause Inneres da sehr schnell für einen personellen Aufbau der Projektgruppe gesorgt haben, sodass die Arbeit schnell losgehen konnte. Ich darf mich auch hier bedanken, dass Sie im Doppelhaushalt der Tätigkeit Rechnung getragen haben und dass in diesem Jahr 14 Stellen zur Verfügung stehen und im nächsten Jahr noch mal weitere zehn Stellen. Wir haben die Vorbereitungen zur Ausschreibung dieser Stellen geleistet und die ersten Aus-

schreibungen sind raus. Es wird hoffentlich eine gewisse Kontinuität geben, weil die abgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich fast durchweg auf diese Stellen bewerben werden, sodass wir sehr zeitnah mit den Aufgaben beginnen können und natürlich auch ein Stück weit im Workflow sind und dadurch eine gewisse Kontinuität sicherstellen können.

Wichtig sind die planerischen Vorbereitungen als Kern des Krisenzentrums für einen sogenannten Rumpfstab. Das soll das Gremium sein, das in einem Krisenfall, in einer aufwachsenden Katastrophe unmittelbar Koordination und Unterstützung der betroffenen Behörden, natürlich unter Wahrung des Ressortprinzips und der originären Zuständigkeiten, treffen soll. Das Ganze soll dann langfristig eine Struktur werden, die in der Lage ist, zu einem zentralen Krisenstab aufzuwachsen. Da ist die Basis das hier angesprochene Lagebild, das in den vorhandenen Strukturen im Hause Inneres bereits vorhanden ist, ausgebaut und weiterentwickelt wird, sodass wir dann hoffentlich auch ein gutes Werkzeug haben werden.

Ein wesentlicher Teil wird es sein, die Bevorratungsstände in den Katastrophenschutzlagern, die wir in verschiedenen Bereichen der Hauptverwaltung, der Bezirke und so weiter im Land Berlin haben, zu erfassen und dort auch wirklich eine koordinierte Bewirtschaftung als landesweite Aufgabe und auch einen gegenseitigen Zugriff im notwendigen Umfang auf die Ressourcen in Zukunft sicherstellen können. Das heißt also, diese logistischen Aufgaben werden ein zweiter großer Teil sein, dem sich die Projektgruppe jetzt schon widmet und in Zukunft dann auch der Aufbaustab und das Katastrophenschutzzentrum widmen werden.

Ganz wesentlich ist auch, die Kräfte, die Kapazitäten, die wir haben, stärker zu vernetzen und, wo es sinnvoll ist, Vorgaben zu machen, um Strukturen zu vereinheitlichen. Zum Beispiel im Bereich der Bezirke haben die Gespräche gezeigt, dass die Bezirke, und dort insbesondere die Fachleute, es durchaus als hilfreich empfinden würden, wenn einheitliche Vorgaben da sind und die gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden und es dort einen zentralen Support gibt. Das ist ein Beispiel für die Ziele dieser Vernetzung.

Wichtig ist auch die Stärkung einer Krisenkommunikation. Auch das ist hier schon angesprochen worden: die Information zur Verbesserung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung. Dass das mit der Warnung beginnt, ist ja hier schon deutlich gesagt worden. Das geht aber dann weiter mit weiteren Elementen, denn bei allen Verbesserungen im Bevölkerungsschutz wird es ein Kernelement bleiben, dass eine gewisse Basiselbsthilfefähigkeit, ein Verständnis in der Bevölkerung da sein muss, sich auf Katastrophenlagen grundsätzlich vorzubereiten, seien es zivile Katastrophen oder seien es Dinge im militärischen Bereich; die Maßnahmen, die dort zu treffen sind, sind weitgehend die gleichen.

Wir werden dann Risikoanalysenrahmenpläne für die Katastrophenabwehr fortentwickeln. Das wird eine Aufgabe des Krisenzentrums sein. Die soll dann schon spätestens, soweit wir sie nicht begonnen haben, nächstes Jahr mit einem gewissen Output aus dem Stellenaufwuchs erfolgen. Die fortlaufende Unterstützung bei der Erstellung von Katastrophenschutzplänen für unsere Katastrophenschutzbehörden im Land Berlin wird eine weitere Aufgabe sein.

Wir müssen Schulungs- und Ausbildungskonzepte entwickeln. Übungen sind ein wesentlicher Bestandteil des Krisenmanagements, und das beginnt, wie es eben schon gesagt wurde, sicherlich in der Schulung, in der Schule. Das geht aber auch weiter zur Schulung aller unserer

Katastrophenschutzbehörden, sodass letztendlich die Gesamtverwaltung auch ein Stück weiter als bisher krisenfähig wird in Zukunft.

Sehr wichtig ist insgesamt die personelle Stärkung des Katastrophenschutzes, also das Erschließen von personellen Möglichkeiten. Man muss sagen, wenn wir uns hier in Berlin mit dem Durchschnitt an Helferpotenzialen in der Fläche Deutschlands vergleichen, dann sind wir, wenn wir das auf unsere Einwohnerzahl umrechnen, bisher nicht ausreichend aufgestellt. Insofern werden wir gucken müssen, welche Möglichkeiten wir haben, Potenziale in einer Krise, in einer Katastrophe zu aktivieren. Wir werden da drei Bereiche ins Blickfeld nehmen, das Erste ist die Verwaltung selbst. Wir müssen die Krisenresilienz der Berliner Verwaltung stärken. Wir müssen eine schnellere Aktivierung der behördlichen Gefahrenabwehrstrukturen in koordinierten Strukturen in Krisenlagen ermöglichen. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, auch das ist eingangs gesagt worden, dass da Verbesserungspotenziale sind, die wir erkannt haben. Das ist das eine: die Verwaltung in Gänze muss schneller aktivierbar sein, muss auch in Krisensituationen handlungsfähig sein und bleiben.

Das Zweite ist aus meiner Sicht, weiter die Rahmenbedingungen für die ehrenamtlichen Helfer im Katastrophenschutz zu verbessern. Wir haben ein großes Potenzial bei den Hilfsorganisationen und natürlich auch bei der Freiwilligen Feuerwehr, bei dem THW, das uns immer wieder unterstützt. Wenn wir aber sehen, wie beispielsweise viele Hilfsorganisationen in Berlin untergebracht sind, dann sind das aus meiner Sicht Hemmnisse, zum Beispiel junge Menschen für ein solches Ehrenamt zu gewinnen. Wobei, wenn wir hier von Ehrenamt sprechen, dann müssen wir auch sehen, dass wir bei den Hilfsorganisationen genauso wie beim THW, der Freiwilligen Feuerwehr es im Grunde mit fast professionell oder professionell ausgebildeten ehrenamtlichen Helfern zu tun haben.

Auch diese beiden Potenziale – Aktivierung der Verwaltung und Stärkung des ehrenamtlichen Potenzials – werden nicht ausreichen. Ich sehe einen weiteren großen Bereich, wo auch eine große Unterstützungswilligkeit da ist, das ist die Zivilgesellschaft und sind die spontanen Helfer. Wir stellen immer wieder fest, dass in Krisensituationen ein großes Potenzial in der Bevölkerung vorhanden ist, dass sich Sozialverbände beispielsweise zusammenschließen und sagen: Wir wollen helfen –, dass dort koordinierende Stellen, ein staatlicher, zentraler Ansprechpartner, immer wieder gesucht wird und dass es eben notwendig ist, von Anfang an dieses Helferpotenzial nicht nur zu aktivieren, sondern auch an die koordinierten staatlichen Strukturen angemessen anzuschließen, ohne diese Menschen zu bevormunden. Das muss mit einem positiven Kontext geschehen. Ich denke, dann haben wir hier auch noch weitere große Potenziale. – Wenn wir diese drei erschließen, wird es auch gelingen, den Bevölkerungsschutz stärker aufzustellen. In dem Moment, da wir sehr stark auf freie Helfer, auf Ehrenamt setzen, werden wir auch Effekte haben in dem Bereich Aufklärung der Bevölkerung, das ist dann ein weiterer Multiplikator.

Das Katastrophenschutzzentrum und die Anpassung des Aufgabenspektrums, das jetzt schon wahrgenommen wird, in diese Richtung ist ein wesentliches Planungsziel für den Aufbaustab, der jetzt personell unterlegt wird. In der Zeit, seit das Projekt gegründet wurde, muss man sagen, ist eine weitere große Herausforderung dazugekommen, das ist die Frage: Wie müssen in Zukunft zivile Strukturen, wie muss der Bevölkerungsschutz möglicherweise auch militärische Planungen unterstützen? – Ich glaube, dazu brauche ich hier aber nicht auszuführen; ich denke, das wird Herr Uchtmann gleich noch mit deutlich höherer Kompetenz machen. Aber

auch das ist eine Aufgabe. Auch wenn das Land Berlin nicht direkt für den Zivilschutz zuständig ist, so sind wir aber im Rahmen der Auftragsverwaltung und mit unserer Verwaltung dort sicherlich massiv in Zukunft in der Pflicht. Das ist also im Grunde auch für das Projekt hier selbst eine neue ergänzende Herausforderung. – In Summe soll der Aufbau des Katastrophenschutzentrums dazu beitragen all diese Punkte, die ich eben genannt habe, signifikant zu verbessern und damit auch einen verbesserten Bevölkerungsschutz in Berlin zu erreichen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Göwecke! – Zur Anhörung darf ich dann noch kurz mitteilen, dass wir uns im Vorfeld verständigt haben über die Reihenfolge: Zunächst wird uns Herr General Uchtmann eine zusammenfassende Übersicht über die Situation geben, danach wird sich Frau Prof. Sticher anschließen, dann Frau Sturm und abschließend wird für die Bezirke Herr Cachée sprechen. – Wenn Sie mit dieser Reihenfolge einverstanden sind, würde ich so einsteigen. – Herr Uchtmann, bitte Sie haben das Wort!

Jürgen Karl Uchtmann (Landeskommando Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke Ihnen sehr für die Möglichkeit, hier vortragen zu dürfen. Das Thema Bevölkerungsschutz ist populärer, wenn ich das mal so sagen darf, als wir vielleicht vermuten. Heute Morgen sind Menschen aus Berlin auf rbb aufgefordert worden, per Telefon denn mal ihre Maßnahmen zu schildern, die sie im Rahmen von Bevölkerungs- und Selbstschutz ergriffen haben, also Bevorratung, Mineralwasser und dergleichen mehr. Ich wage zwar nicht von drei Befragten nun tatsächlich auf Wohlwollen, was dieses Thema angeht, in der Bevölkerung zu hoffen, aber möglicherweise ist die Bevölkerung in dieser Hinsicht belastbarer, als man gemeinhin glaubt.

Tatsächlich, und das ist angesprochen worden, arbeitet die Bundeswehr seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am sogenannten Operationsplan Deutschland, OPLAN Deutschland. Sie haben möglicherweise aus den Medien davon gehört. Konkret handelt es sich dabei um einen Plan, der zunächst erst mal analysiert, was es eigentlich bedeutet, dass Deutschland nicht mehr Frontstaat, sondern, wie wir sagen, Drehscheibe ist, also durch unser Land, durch See-, Land-, Luft- und andere Wege militärische Güter, Personal, Logistik, Waffen in die Bereitstellung- und möglicherweise Kampfräume im Baltikum und an der Südostflanke gebracht werden, um abzuschrecken, sollte sich die Lage weiter zuspitzen, oder im schlimmsten Fall tatsächlich per Kampf den Zugriff auf das Baltikum oder auf die Nordostflanke zu wehren, und das glaubhaft stark.

Das bedeutet natürlich, dass sich Deutschland völlig anders aufstellen muss, wenn es Verteidigung ernst nimmt, als das im Kalten Krieg der Fall gewesen ist. Es ist auch nicht überraschend, dass man auf immer weniger Erfahrung zurückgreifen kann, denn es fehlt natürlich an Grundlagen. Es fehlt an Erfahrung, auch im militärischen Bereich, denn die Generation, die den Kalten Krieg erlebt hat, geht so nach und nach in Pension. Nichtsdestotrotz ist es Ziel dieses OPLANs, all diese Dinge abgestimmt zwischen dem BMI, dem Bundeskanzleramt, dem BMVg natürlich, den NATO-Kommandobehörden und den Alliierten so voranzubringen, dass ein koordinierter, synchronisierter Aufmarsch der Kräfte im Vorfeld eines Spannungsfalles oder wie jetzt zu Übungen im ganzen ersten Halbjahr möglich ist. Das ist eine enorme Herausforderung, die die Bundeswehr alleine nicht leisten kann. Deswegen ist in einer sehr frühen Phase, und zwar beginnend im Herbst letzten Jahres, nach Abstimmung mit dem BMI und weiteren Ressorts tatsächlich eine Einbindung der Bundesländer wie des Bundes erfolgt,

um spezifische Fragen dieses Aufmarsches und des Schutzes unseres Heimatlandes sicherstellen zu können. Das ist nicht abgeschlossen. Tatsächlich ist der erste Entwurf des Operationsplanes zeichnungsreif, aber ab 1. April beginnt bereits die Revision. Auch Berlin ist gefordert gewesen, mit Spezialisten an Teilaspekten des Operationsplans mitzuarbeiten, und hat dies dankenswerter Weise auch getan.

Das führt dazu, dass ich als verantwortlicher Landeskommmandeur natürlich aus einer ganz anderen Perspektive auf den Bevölkerungsschutz gucke. Ich schaue nicht auf Einzelereignisse wie einen Stromausfall, wie er in Treptow-Köpenick passiert ist, auch nicht auf die Coronakrise, die wir mit erheblichen militärischen Kräften abzufedern geholfen haben. Ich schaue auch nicht auf den dreitägigen Stromausfall. Ich schaue auf den Gesamtzusammenhang, auf den Worst Case, der sich für uns darstellt, wie Kiew. Wenn Sie auf die Hauptstadt der Ukraine schauen, dann werden Sie feststellen, dass es keine Frontstadt ist, dass aber dort aufgrund Verletzlichkeit, politischer Erpressbarkeit ein erhebliches Bedrohungspotenzial umgesetzt worden ist, weshalb erhebliche Aufwendungen, verwaltungspolitisch und durch die Kräfte, gefordert sind, die auf diese Art und Weise versuchen müssen, die politische Handlungsfähigkeit, die Führungsfähigkeit sicherzustellen, genauso wie den Schutz der Bevölkerung. Das ist also ein Ausmaß, das die Vorbereitung, reduziert auf reinen Katastrophenschutz, längst übersteigt. Ich spreche von der zivilen Verteidigung als Teil der Gesamtverteidigung und damit – Herr Matz, es tut mir leid – durchaus einem kriegerischen Hintergrund. Es geht aus unserer Sicht tatsächlich darum, die Bevölkerung und auch die Hauptstadt Berlin widerstandsfähig gegen kriegerische Absichten, möglicherweise gegen kriegerische Handlungen zu machen. Das ist mehr als die Reduzierung auf Katastrophenschutz und Einzelereignisse.

Das Dilemma, das wir sehen, ist die Vielzahl der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Es ist für uns eine Umkehr der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit: War es bislang so, dass eher die Bundeswehr gefragt worden ist, um hier und da zu helfen und zu unterstützen, ist es jetzt in der Tat die Bundeswehr, die zivile Verwaltung, aber auch zivile Wirtschaft fragt, um das, was wir leisten müssen, überhaupt sicherstellen zu können. Sie entnehmen dieser Kommentierung, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Bundeswehr sich genauso intensiv wie vielleicht in der Vergangenheit bereit zur Amtshilfe nach § 35 GG erklärt, nicht sehr ausgeprägt sein wird. Das hat schon seine Konsequenzen, unter anderem für die EURO hier im kommenden Jahr, wo wir als Bundeswehr mehr als Zurückhaltung gezeigt haben, was möglicherweise Ansinnen anging, Bundeswehrkräfte einzubinden.

Ich begrüße sehr die Aufstellung eines Katastrophenschutzzentrums. Viele dieser Aufgaben, die Sie angesprochen haben, Herr Göwecke, sehe ich allerdings schon heute als dringend an. Um das Beispiel der Sirenen aufzugreifen: Es reicht nicht, die Signale zu kennen, wenn Sie nicht auch unterrichten, was man denn tut, wenn die Signale entsprechend leuchten. Das heißt, irgendjemand muss in die Schulen, in die Volkshochschulen, überhaupt in Bildungseinrichtungen gehen – das kann man nicht auf Schüler reduzieren –, um zu erklären, wie man sich eigentlich schützt, was man tut. Und wenn Sie Wasser ansprechen, Trinkwasser, dann bitte ich dringend darum, sich nicht bei der Notversorgung mit Trinkwasser aufzuhalten, sondern sich über die Abwasserentsorgung zu unterhalten, die ja ein möglicherweise viel größeres Problem darstellt mit Blick auf Pumpen, die Sie hier in Berlin brauchen, um das alles wegzukriegen, und über die damit einhergehenden Seuchengefahr, wenn Sie es nicht weg bekommen. Dann haben Sie eine Größenordnung da – wir sprechen dann von Cholera und anderen Dingen –, die das, was wir bei Corona erlebt haben, um ein Vielfaches übersteigt.

Wir als Bundeswehr sind gerne bereit, uns mit Verbindungselementen im Katastrophenschutzzentrum einzubringen, wenn das gewünscht ist, genauso wie wir in den letzten Jahren eine Verbindungsorganisation zu den Bezirken aufgebaut haben, die sogenannten Kreisverbindungskommandos; lassen Sie sich durch den Namen nicht irritieren, der ist festgelegt, auch wenn wir hier keine Kreise haben, sondern Bezirke. Inzwischen hat jeder Bezirk sein Verbindungskommando. Es handelt sich durchweg um Teams von bis zu zehn Personen, die militärische Vorerfahrung haben. Es handelt sich durchweg um Berlinerinnen und Berliner, die in den jeweiligen Kiezen zu Hause sind oder einen Bezug dazu haben. Und es handelt sich ausschließlich um Reservisten, die, wenn es gewünscht ist, sofort da sind und mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wenn ich an dieser Stelle die enge Zusammenarbeit insbesondere in Lichtenberg loben darf: Da sind sie am weitesten, was die Vorbereitungen auf das Schlimmste angeht. Aber auch in anderen Bezirken – die Bezirke haben unterschiedliche Tempi – geht es voran in der Zusammenarbeit mit den Reservisten und Reservistinnen, was zum Beispiel das Beurteilen von kritischer Infrastruktur angeht und den Schutz dieser Infrastruktur.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, dass wir vonseiten der Bundeswehr fokussieren auf den Schutz verteidigungswichtiger militärischer Infrastruktur. Das bedeutet, dass die Ordnungsdienste, Polizei und Bundespolizei in Berlin, eine erhebliche Aufgabe zu stemmen haben, was den Schutz von Infrastruktur angeht, die nicht nur für die Verteidigung, sondern auch für die Aufrechterhaltung der lebensnotwendigen Funktionen von erheblicher Bedeutung ist.

Die zivile Verteidigung oder der Zivilschutz wird aus unserer Sicht häufig als Vokabel benutzt, um allerdings nur eine Säule zu beschreiben. Es gibt derer vier: Es ist die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, es ist der Zivilschutz selbst – dazu gehören Selbstschutz, der Warndienst, der Schutzbau, Aufenthaltsregelungen, der Katastrophenschutz, Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und von Kulturgut, das möchte ich nicht unerwähnt lassen –, es gibt die Versorgung nach den Versorgungs- und Sicherstellungsgesetzen, und es gibt die Unterstützung der Streitkräfte. Diese vier Säulen bilden die zivile Verteidigung als Beitrag zur Gesamtverteidigung. Und Herr Göwecke, wenn Sie schon eine Aufgabe mehr bekommen haben: Ich glaube, die Frage der Gesamtverteidigung, Anteil zivil, ist irgendwo noch zu verankern. Der Fokus allein auf den Katastrophenschutz wird nicht reichen.

Ich weiß, dass die Stadt – möglicherweise, Herr Staatssekretär, werden Sie dazu noch ausführen – begonnen hat, sich ablauforganisatorisch dazu aufzustellen, und die Bedrohung oder die Herausforderung, möglicherweise beides, aus meiner Sicht erkannt hat. Dafür bin ich sehr dankbar. – Damit möchte ich an dieser Stelle schließen und stehe Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank für diese Einführung! – Dann geht das Wort weiter an Frau Prof. Sticher. – Bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Birgitta Sticher (HWR Berlin): Danke! – Ganz vielen Dank, dass ich heute hier sein kann! Ich möchte die circa fünf Minuten, die mir eingeräumt werden, dazu nutzen – mit Folien unterstützt, weil ich denke, dass es gleichzeitig auch wichtig ist, deutlich zu machen, wie Kommunikation notwendigerweise auch visueller Unterstützung bedarf –, Ihnen zunächst mal in vier Punkten Input zu geben.

1. Vorstellung meiner Person bezogen auf das Thema Bevölkerungsschutz/ Katastrophenschutz in Berlin

[\(https://www.hwr-berlin.de/prof/birgitta-sticher/\)](https://www.hwr-berlin.de/prof/birgitta-sticher/)

2. Die wichtigsten Erkenntnisse aus den Forschungsprojekten TankNotstrom und Kat- Leuchttürme

3. Die Bewertung der aktuellen Situation des Katastrophenschutzes in Berlin

4. Handlungsempfehlung

Ich beginne damit, dass ich mich ganz kurz vorstelle, und zwar nicht, um zu sagen, was ich alles gemacht habe, sondern um deutlich zu machen, für was ich gern auch in Zukunft als Ansprechperson da bin und was mich mit diesem Thema verbindet. Ich werde dann einige wichtige Erkenntnisse aus den beiden Forschungsprojekten TankNotstrom und Kat-Leuchttürme deutlich machen, um dann aus dieser Sicht die Bewertung der aktuellen Situation des Katastrophenschutzes in Berlin zu sagen und – was gerade Herr Matz ja auch sagte – die Fragen zu beleuchten: Welche Lösungen brauchen wir? –, und hier eine kurze Skizze der für mich notwendigen nächsten Schritte mit Handlungsempfehlungen zu geben. Das ist sozusagen mein Ziel.

Ich beginne mit der Vorstellung meiner Person: Es ist so, dass ich seit 1998 als Professorin – damals als die erste Frau, das trotzdem angemerkt – in der Ausbildung von Polizisten, inzwischen auch Sicherheitsmanagern für den gehobenen und den höheren Dienst, Bachelor und Master, bin. In dem Zusammenhang geht es um zwei wichtige Forschungsprojekte, die bereits 2009 starteten – damals, als alle noch ganz irritiert waren, dass man sich überhaupt Gedanken über einen längeren Stromausfall machte, weil man dachte, wir sind doch so sicher in unserer Stromversorgung. Das Grünbuch wurde damals geschrieben und hat den Stromausfall als Schlüsselszenario in den Mittelpunkt gestellt. Wir haben das als Anlass genommen, das in einem Konsortialprojekt mit Feuerwehr, mit Polizei, auch mit der TU, mit technischen Experten zusammen zu untersuchen. Der Schwerpunkt der Hochschule für Wirtschaft und Recht war, den sozialwissenschaftlichen Aspekt in den Mittelpunkt zu stellen, und dafür stehe ich auch heute hier. Es geht nämlich um die Bevölkerung in ihrer Unterschiedlichkeit und um ihre Fähigkeit, mit Katastrophen umzugehen.

Wir haben als HWR zunächst zusammen mit den Studierenden das Szenario mit all seinen Auswirkungen erkundet, um herauszufinden: Was bewirkt denn ein solcher Stromausfall bei den Menschen? –, um dann in dem Aufbauprojekt, das war das Kat-Leuchtturm-Projekt, ein Konzept zu entwickeln – die Kat-Leuchttürme gehen sozusagen auf unsere gedankliche

Grundlage zurück –, wie Kat-Leuchttürme aussehen müssen. Ich freue mich sehr, dass dieses Konzept inzwischen solch eine Verbreitung gefunden hat. Aber, und das werden Sie gleich sehen, wir sind auf der Hälfte des Weges. Das wirklich Wichtige fehlt noch, nämlich die Einbindung der Bevölkerung.

Das zunächst zu meiner Person. Ich bin also mit Forschung sehr stark vertraut. Neben der Ausbildung in Psychologie und Führungswissenschaft bin ich gleichzeitig auch Direktorin des Forschungsinstituts für öffentliche und private Sicherheit, wo ich schon einige Leute, die hier sind, begrüßen konnte. Dort steht auch weitere Forschung, die aus meiner Sicht für Berlin auf der Suche nach Lösungen extrem wichtig ist, auf dem Plan. – Das wäre es so weit zu meiner Person, dann würde ich gern zum nächsten Punkt übergehen.

2. Erkenntnisse aus den Projekten

Schlüsselszenario Stromausfall

- **Bewältigung der Stresssituation in Abhängigkeit von in der Bevölkerung sehr unterschiedlich verteilten Ressourcen Sozialräumlich große Unterschiede in den Bezirken**
- **Grenzen der Bewältigung des Szenarios durch BOS**
- **Besondere Hilfebedarfe vulnerabler Personen**
- **Hilfsbereitschaft vor allem in aktuellen Katastrophenlagen im sozialen Nahumfeld**
- **Notwendigkeit, die Umsetzung der Hilfsbereitschaft zu ermöglichen**

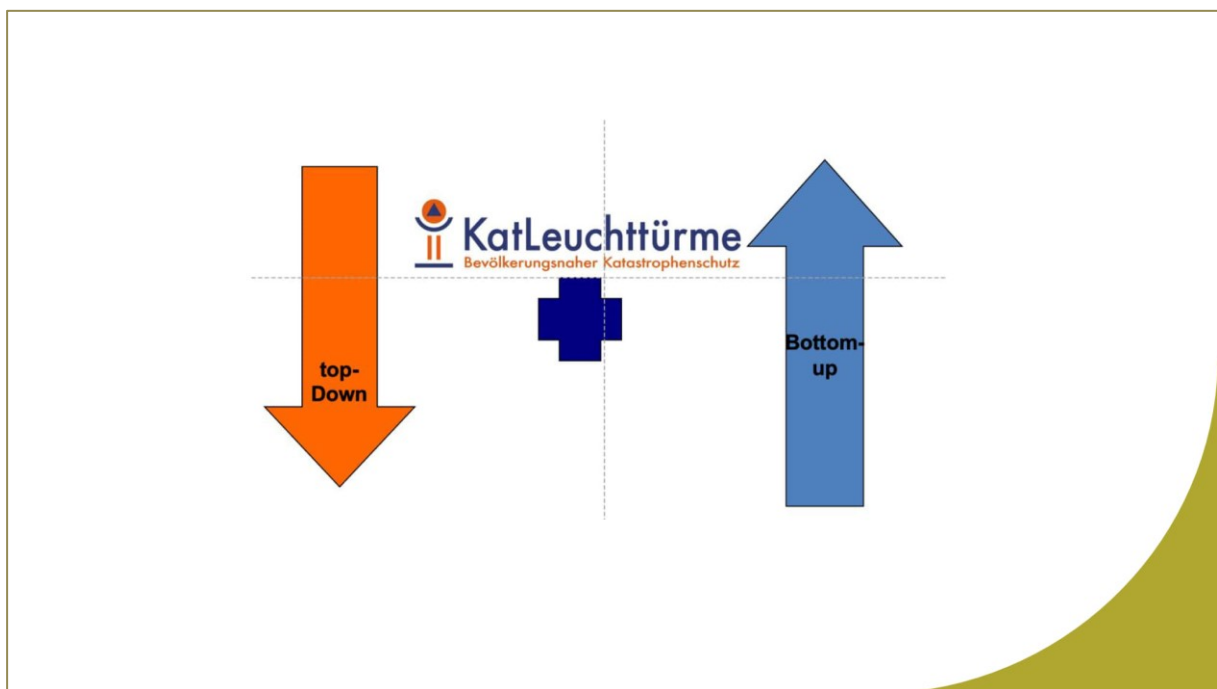
Die Projekte, die ich gerade genannt habe, nämlich TankNotstrom und Kat-Leuchttürme, haben einige ganz wichtige Erkenntnisse gebracht und haben die durch wirklich sehr umfangreiche quantitative und qualitative Forschung sehr solide auf Berlin bezogen. Deswegen sind wir mitten in Berlin. Ich kann das jetzt nur in Stichworten benennen, aber wie gesagt – Nachfragen jederzeit gern.

Wir haben zunächst festgestellt, dass der Stromausfall als Schlüsselszenario für die Personen in der Stadt eine hohe Stressbelastung darstellt, und wir wissen, dass Stress zu bewältigen ganz stark abhängt von den Ressourcen, die jemand zur Verfügung hat. Diese Ressourcen sind materielle Ressourcen, Geld, sind aber auch immaterielle Ressourcen wie Beziehungsqualitäten, Unterstützungsnetzwerke, gesundheitliche Faktoren, Bildungsfaktoren, und diese Ressourcen sind in Berlin in den verschiedenen Bezirken extrem unterschiedlich ausgebaut. Das gilt es in der Planung von Risiken und von Krisenbewältigung immens zu berücksichtigen.

Das Zweite ist, was wir festgestellt haben – was aber auch die Katastrophen überall zeigen –, ist, dass die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, wenn sie solche großen Katastrophen, Großschadenslagen oder dann hinterher, auch wenn sie zu Katastrophen auswachsen, bewältigen sollen, ganz schnell an ihre eigenen Grenzen kommen. Auch bei noch so viel Vorbereitung sind die Ressourcen, und das können alle Blicke auch auf deutsche Krisen und Katastrophengeschehnisse zeigen, ohne die Mitwirkung der Bevölkerung überhaupt nicht zu denken. Wir haben damals auch Feuerwehr und Polizei alle selbst interviewt, und auch sie sind Menschen mit Einbindung, mit Familien, mit Belastungsgrenzen. Auch von der Anzahl her sind sie bei solchen großen Ereignissen gar nicht in dem Maße in der Lage, alles zu tun, was notwendig ist. Das heißt, wir brauchen deswegen die Einbindung der Bevölkerung.

Wir müssen gleichzeitig sehen, dass große Schadensereignisse besonders eine Herausforderung für sehr vulnerable Personen sind. Wer das im Einzelnen ist, hängt natürlich auch von den Szenarien ab: Wenn wir als mögliche zukünftige Katastrophe eine große Hitze haben, ist das ein anderes Geschehnis, als wenn wir zum Beispiel einen Stromausfall haben, der auch Leute betrifft, die zum Beispiel von Beatmungsgeräten abhängig sind. Sie bergen also ganz unterschiedliche Risiken, und es sind unterschiedliche Vulnerabilitäten bei der Bevölkerung zu berücksichtigen.

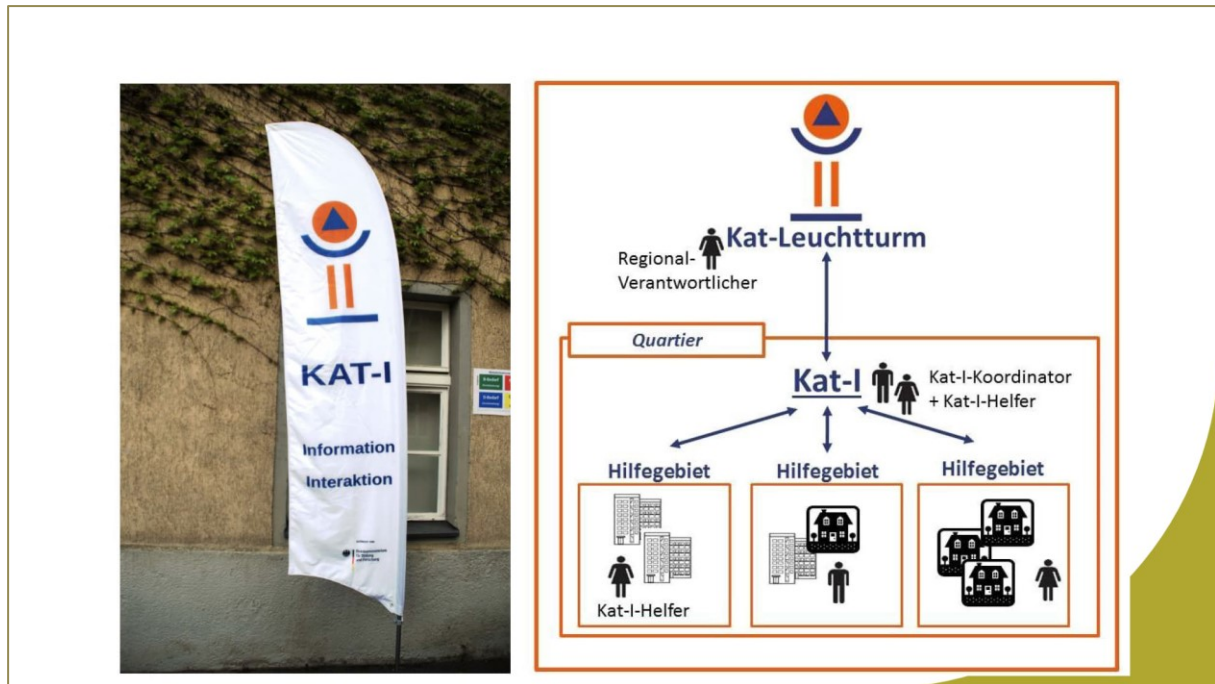
In unserem Forschungsprojekt ging es im zweiten Teil ganz entscheidend um die große Frage, welche Mythen in den Köpfen bestehen über die Gefahren, die mit Katastrophen zusammenhängen, wie gefährlich das werden könnte, welche Plünderungen und Gewaltescheinungen da sind. Wir haben international alle Katastrophen der letzten 20 Jahre untersucht, sind der Frage nachgegangen: Welche empirische Evidenz gibt es dafür? – Wir haben gesehen, dass gerade in aktuellen Katastrophen die Hilfsbereitschaft viel höher ist, als man sich das je denken kann. Was nicht heißt, dass die nicht von bestimmten Faktoren getriggert werden kann, dass es natürlich zu Plünderungen kommen kann, dass aber die Variablen, von denen das abhängt, ganz entscheidend auch von Kommunikation, von Krisen und Risikokommunikation in der Katastrophe abhängen, von Gerechtigkeitsempfinden und dessen Verletzung in der Bevölkerung. Wir haben viele Faktoren identifiziert, die sozusagen die Hilfsbereitschaft, die potenziell vorhanden ist, befördern oder auch kippen können. Deswegen ist es auch notwendig zu sehen, wie diese Hilfsbereitschaft, die bei den Menschen da ist, durch behördliche Strukturen geschaffen oder unterstützt werden sozusagen. Denn aktiv Hilfe zu leisten – das wissen wir auch vom bürgerschaftlichen Engagement –, ist sowohl für die psychische Stabilität wichtig als auch sozusagen für die gesamte Bewältigung der Katastrophe. – Das wäre ein ganz kurzer Abriss.



Wichtig – auf ein Bild gebracht – ist, dass im Katastrophenschutz von 2009 an ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Das heißt, neben der absolut wichtigen Arbeit von allen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, den BOS, deren technischer und sonstiger Ausstattung geht es um die notwendige Ergänzung – ganz wichtig – der Einbindung der Bevölkerung in den Katastrophenschutz, und das ist der sogenannte Bottom-up-Approach. Beides zusammen ist die notwendige Voraussetzung, Berlin für den Katastrophenfall fit zu machen.

Das möchte ich jetzt gerne runterbrechen auf das Projekt Kat-Leuchttürme. Das, was bis jetzt passiert ist, und das, was aus meiner Sicht dringend passieren muss. Gehen wir zunächst mal

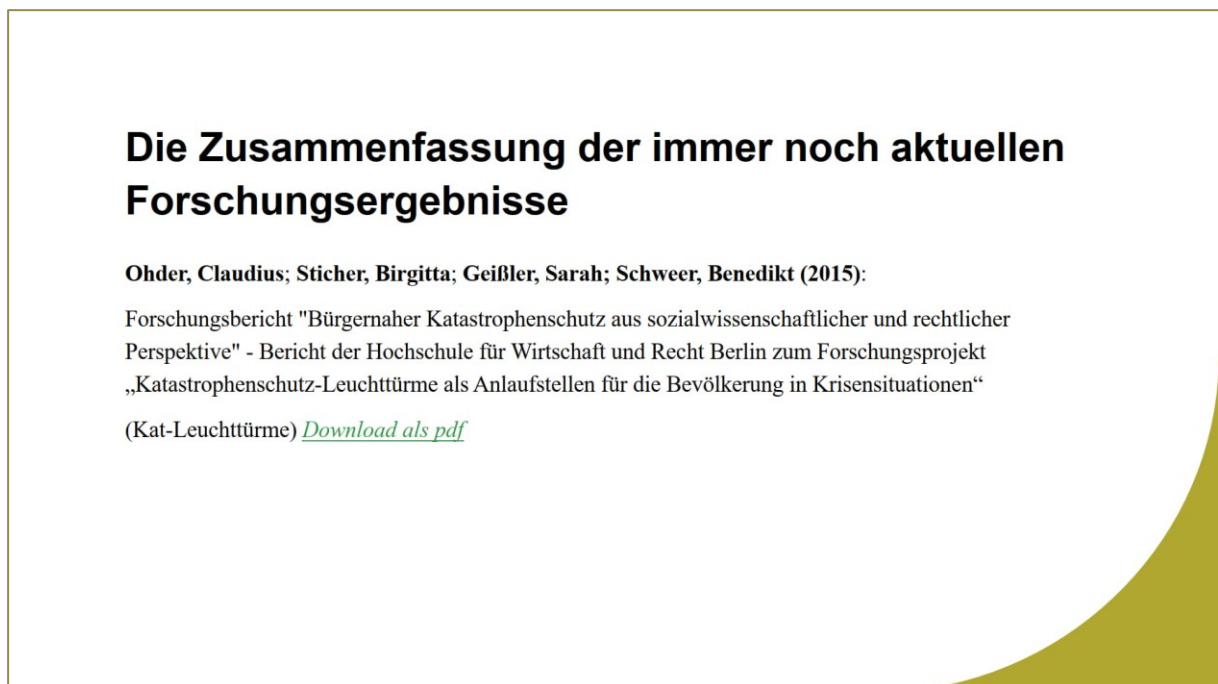
auf die Kat-Leuchttürme. Bisher ist der Schwerpunkt gewesen – und das finde ich richtig –, dass wir gesehen haben: Die Bezirke müssen im Schnitt zwei bis drei Kat-Leuchttürme haben, die notstromversorgt sein sollen, wo sozusagen der wichtigste Anlaufpunkt ist. Die müssen miteinander verbunden sein, damit über die Stadt eine Gestaltung des Katastrophenmanagements da ist. Dafür sind die Leuchttürme wichtig.



Was aber im Sinne des Bottom-up-Approachs der eigentlich gar nicht so teure und absolut wichtige Ansatz ist, ist, dass wir Kat-I-Punkte brauchen, dass wir also – ich beziehe das mal auf einen Bezirk, wir werden gleich über Lichtenberg sprechen – innerhalb eines Bezirkes fußläufig erreichbare Anlaufstellen haben müssen. Diese sind in den verschiedenen lokalen Netzwerken – in denen, in Klammern, die Hilfsbereitschaft am größten ist – die Orte, wo Hilfsbedarfe und Hilfsbereitschaft miteinander koordiniert werden und wo Bürger in diese Koordinierung einbezogen werden. Diese Kat-I-Leuchttürme müssen von den Behörden, von den Bezirken vorbereitet werden, um dann hier die Bürger, die kompetent und aktiv sind, in die Rolle einzubinden, diese Koordinierung vor Ort zu machen. Denn, und das wissen wir, die Bedarfe und die Möglichkeiten sind sehr unterschiedlich. Hier gibt es keine allgemeine Berliner Regelung, sondern hier gibt es die Ermöglichung von Strukturen, die in den Kiezen, in den lokalen Sozialräumen diese Hilfe organisieren und ermöglichen. Von daher glaube ich bei aller Wichtigkeit, Herr Göwecke, Ihres Zentrums, dass die Bezirke noch viel stärker – und das haben wir auch schon gesehen – in ihrem Gewicht in der Ausarbeitung der Risikoanalysen, der Szenarien, der Planung, der Gestaltung eine wichtige Stärkung brauchen, um das umzusetzen.



Wir haben in den Unterlagen, die alle online verfügbar sind, bereits ganz konkret auch Handbücher entwickelt für diese Kat-I-Leuchttürme, wie sie aussehen müssen, wie die Zuständigkeiten sind, wie sie umgesetzt werden bis in ganz konkrete Anleitungen. Das ist das, was notwendig ist: wirklich diese vielen kleinen Stützpunkte vorzudenken, um sie dann auch aktiv umzusetzen.



Ich möchte Ihnen gern diese Zusammenfassung noch mal nahelegen; deswegen hier auch als Download. Da sind alle Forschungen von 2009 bis 2015, die eigentlich jetzt erst richtig umgesetzt werden, für Sie wiederzufinden und bei Bedarf abzurufen.

3. Bewertung der aktuellen Situation des Katastrophenschutzes in Berlin:

s. Text auf der Seite der Senatsverwaltung, der den Sinn der Kat-I nicht hinreichend vermittelt:

„Die Anlaufstellen bieten Informationen und begrenzt auch Hilfeleistungen.

...Die Berliner Bezirke entscheiden eigenständig, wann, wo und wie lange Anlaufstellen geöffnet werden und informieren die Bevölkerung entsprechend. Zusätzlich zu den festgelegten Standorten der Katastrophenschutz-Leuchttürme können auch mobile Varianten und Informationspunkte zum Beispiel in Schulen und Nachbarschaftszentren eingerichtet werden““



Jetzt zu der Bewertung der aktuellen Situation. Herr Staatssekretär, Sie haben auf die Internetseite des Katastrophenschutzes verwiesen. Es ist gut, dass es die gibt. Die ist aber sehr ausbaubedürftig. In der Art der Adressatenkommunikation hat sie deutliche Mängel, vor allem auch darauf bezogen, den Bürgern deutlich zu machen, was diese Katastrophenschutz-Leuchttürme und vor allem die Katastrophen-Informations- und Interaktionspunkte bewirken können. Man müsste sich fragen: Wer sind die Adressaten dieser Seite? – Da hätte ich deutlichen Veränderungsbedarf. Ich habe hier nur ein Beispiel, das kann man auch nachlesen, wo deutlich wird, dass aus dieser Seite nicht hervorgeht, welche Möglichkeiten es für die Bürger und Bürgerinnen geben wird, sich hier aktiv selbst einzubinden. Deswegen mein Angebot: Es bedarf hier einer adressatenorientierten Umgestaltung und Verbesserung, um diese Möglichkeiten für die Bevölkerung, aktiv zu werden, und ihre Wichtigkeit zu verdeutlichen.

4. Handlungsempfehlung

- Entwurf von passenden Handlungskonzepten zur Implementierung des Kat-I Konzeptes und des dafür notwendigen Schulungskonzeptes für Mitarbeitenden der Bezirke
- Entwicklung von Öffentlichkeitsarbeit, die verschiedene Bevölkerungsgruppen anspricht (s. begrenzte Wirkung der wenig ansprechend gestalteten Informationsseite der Senatsverwaltung)
- Vorliegender Projektentwurf: (Verbundprojekt HWR Berlin, Senatsverwaltung für Inneres und HTW Berlin)

BeReady: Innovation und Transfer für die bessere Vorbereitung auf Krisen und Katastrophen

Deswegen meine Handlungsempfehlungen: Wir brauchen zum einen als nächsten Schritt ein ganz klares Konzept der Implementierung nicht nur der Kat-Leuchttürme, sondern der Kat-I, der Informations- und Interaktionspunkte. Und hierfür brauchen wir für die bezirklichen Mitarbeiter ganz klare Schulungskonzepte. Denn es geht nicht nur um eine Frage: Was tue ich wie? –, sondern es geht um Einstellung, nämlich um eine Offenheit der Interaktion, der Ermöglichung von Hilfeverhalten von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Dafür bedarf es eben auch kreativer Konzepte von Öffentlichkeitsarbeit. Hier ist Berlin noch nicht gut aufgestellt. Hier gibt es international ganz andere Beispiele. Ich war letztes Jahr gerade in den USA und habe mich dort mit dem Katastrophenschutzzentrum in Delaware beschäftigt, habe dort die Kat-Leuchttürme vorgestellt und dazu Input gegeben. Dabei wurde auch deutlich, dass die Öffentlichkeitsarbeit in Berlin im Vergleich zu anderen Ländern noch sehr viel lernen kann.

Es gibt bereits den Entwurf eines Forschungskonzeptes. In Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Inneres haben wir einen Forschungsprojektantrag beim BMBF gestellt. Ich warte darauf, dass er bewilligt wird. Ich hoffe, er wird bewilligt. Wenn nicht, wäre es mein Anliegen, dass Berlin sich die Implementierung der Kat-I-Leuchttürme, der Schulungskonzepte, die Umsetzung in den Bezirken zu seinem eigenen Anliegen macht als nächsten wichtigen Schritt. Das Konzept, das vorliegt, das dann auch der Senatsverwaltung vorliegt, heißt „BeReady: Innovation und Transfer für die bessere Vorbereitung auf Krisen und Katastrophen“. – Das war mein Input. Ganz vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Prof. Sticher! – Dann hat Frau Sturm das Wort. – Bitte!

Gudrun Sturm (DRK – Landesverband Berliner Rotes Kreuz e. V.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Erst mal danke, dass ich heute auch unseren Standpunkt und den Stand der Entwicklung beim Deutschen Roten Kreuz darstellen kann! Sie haben es an vielen Stellen schon gesagt: Die

Hilfsorganisationen haben sich in den vergangenen Jahren sehr stark in Berlin engagiert zur Bewältigung der Coronapandemie. Die Impfzentren sind schon erwähnt worden an verschiedenen Stellen. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass die Hilfsorganisationen auch zurzeit in der Flüchtlingseinrichtung in Tegel verantwortlich sind. Auch da haben wir gerade schon einiges gehört, was letzte Woche passiert ist, auch in der Brandbewältigung. Unsere Einsatzkräfte haben dort hervorragende vorbereitende Arbeit geleistet. Ich möchte auch anlässlich dieses schrecklichen Vorfalls, der nun Gott sei Dank ohne menschlichen Schaden ausgegangen ist, noch mal herzlichen Dank an alle, wirklich alle Organisationen und Stellen in Berlin senden. Gemeinsam haben wir das gut bewältigt.

Das ist auch das Stichwort, was den Katastrophenschutz angeht: Die Hilfsorganisationen sind ja nun diejenigen, die vieles davon umsetzen. Wir sind schon lange aktiv im Bevölkerungsschutz, im Katastrophenschutz in Berlin. Wir sind auch diejenigen, die merken, wenn es irgendwo klemmt, wenn Mittel fehlen, wenn Material fehlt, wenn ehrenamtlich Aktive nicht genügend Ausrüstung haben, um in einem Hilfebedarfsfall aktiv zu werden.

Ich überblicke die Entwicklung ganz persönlich seit Mitte 2019, und wir haben gemeinsam auch damals schon mit dem Abgeordnetenhaus für den ersten Doppelhaushalt 2020 fortfolgende die Mittel für den Katastrophenschutz wesentlich erhöht. Das, was es vorher gab, war quasi nix. Danach ist es schon erheblich ausgebaut worden von der Vorgängerregierung, und in dem jetzigen Doppelhaushalt haben Sie, sehr verehrte Abgeordnete, uns noch mal wesentliche Mittel aufgestockt. Das war auch dringend notwendig. Herr Matz hat es vorhin schon dargestellt und das ist etwas, was wir hier auch merken: dass der Bevölkerungsschutz nach der Wende in Berlin – auch Herr Staatssekretär sagte es – etwas aus dem Blick geraten ist. Wir merken das an den Fahrzeugen, die wir zur Verfügung haben, an den Garagen, in denen unsere Fahrzeuge stehen. Das sind ganz pragmatische Ansätze, wo wir sehen, hier müssen wir viel mehr tun.

Es ist sehr zu begrüßen, dass im Landeshaushalt auch entsprechende investive Mittel zur Verfügung stehen, um Landesfahrzeuge zu ersetzen. Ich muss aber leider auch sagen: Das erste Quartal ist vorbei, und wir haben noch kein Bewirtschaftungskonzept für den Katastrophenschutz und die Umsetzung bezogen auf die Haushaltsmittel vorliegen. An der Stelle, sage ich mal, möchte ich ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Ich weiß, dass daran gearbeitet wird, es werden Ausstattungsdetails für die Fahrzeuge zusammengestellt, aber sehen Sie es mir nach: Das erste Quartal ist um. Ob es uns gelingt, diese Investitionsmittel auch auszugeben? – Ich weiß es nicht. Ich hoffe es sehr, denn wir wollen natürlich nicht, dass dieses Geld nicht dem eigentlichen Zweck zugutekommt.

Das gleiche möchte ich hier anmerken bezogen auf das Bewirtschaftungskonzept für die konsumtiven Mittel. Natürlich ist es wichtig, dass wir Regelungen schaffen, wie dann die Haushaltsmittel, ich sage jetzt mal, in die Fläche kommen. Es wird ja auch dran gearbeitet, gar keine Frage. Aber sehen Sie es mir nach – nun habe ich einige Jahre Berlin auch schon hinter mir –: Es nützt einfach nichts, wenn dieses Bewirtschaftungskonzept irgendwann Mitte des Jahres vorliegt, im ungünstigsten Fall sogar nach der Sommerpause, und wir viel zu spät wissen, wie die Rahmenbedingungen aussehen, wie wir denn die Gelder investieren können. Ich möchte auch noch mal unterstreichen: Wir sind im guten Austausch, es gibt Fachgespräche dazu, aber auch hier: Das erste Quartal ist um, und es ist noch nicht umgesetzt. Ich bin einfach besorgt an der Stelle. Wir müssen da mit einem höheren Tempo arbeiten.

Bezogen auf die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in Katastrophenschutzfällen: Auch hier möchte ich mich gern meinen Vorrednern anschließen. Wir haben hier ein großes Potenzial in Berlin. Wir als Rotes Kreuz sind beispielsweise schon mit unserer Ersten Hilfe und den Ausbildungen dafür in den Schulsanitätsdiensten unterwegs, und das machen die Kollegen der anderen Hilfsorganisationen auch. Sie wissen so gut wie wir alle: Je früher wir Schülerinnen und Schüler begeistern können für ein ehrenamtliches Engagement oder dafür, sich mit dem Erste-Hilfe-Schutz zu beschäftigen, umso besser ist es, umso eher gelingt es uns auch, eine entsprechende Biografie in Gang zu setzen.

Lassen Sie mich nun noch auf einige kleinere Themen kommen, die wir aber für die Arbeitsfähigkeit der Hilfsorganisationen als Fundament brauchen, auch die Regelungen dafür. Das eine sind die Personalkosten für hauptamtliche Unterstützungskräfte. Wir haben erst mit dem Doppelhaushalt 2020 überhaupt die erste Möglichkeit gehabt, ehrenamtliche Koordinatoren oder Werbemittel für Ehrenamt mit über die Haushaltsmittel abzurechnen. Wir merken jetzt, dass es gewisse Vorbehalte gibt, weitere hauptamtliche Unterstützungsstrukturen über diese Zuwendung zu finanzieren – aber das ist unabdingbar und dringlich. Vielleicht mal übersetzt in den Katastrophenschutzreferenten, wie es ihn im Land Brandenburg gibt und in anderen Landesverbänden. Das ist eigentlich selbstverständlich. Es braucht nicht nur Koordinationskräfte für die ehrenamtlich Aktiven, sondern für alles, was da im Hintergrund steht. Wenn ich daran denke: Auch für das Landesamt für Katastrophenschutz sind wir schon bei den einen oder anderen vorbereitenden Sitzungen dabei gewesen. Das machen wir sehr gerne. Wir haben Expertise, die bringen wir auch ein. Aber das ist nicht alleine mit Ehrenamt möglich. Auch dafür brauchen wir die Möglichkeit, hauptamtliches Personal über die Zuwendungen zu finanzieren.

Ein weiteres Thema, das ganz pragmatisch ist und uns an vielen Stellen behindert, ist die Standortsuche für unsere Fahrzeuge; auch ein Thema, das Sie sicherlich an vielen Stellen immer wieder hören. Wohnungsknappheit ist natürlich in Berlin etwas, was alle Menschen hier betrifft, denn jeder lebt in einer Wohnung. Aber wir sind so weit, und auch in diesem Jahr ist es wieder passiert: Es werden uns Garagen gekündigt; Garagen, die auch schon nicht optimal sind. Es ist fast unmöglich, neue Standorte zu finden und dann auch noch die entsprechenden Mittel dafür aufzuwenden. Auch hier sind wir im guten Austausch mit der Feuerwehr und mit SenInnSport und sagen: Wir brauchen nicht nur die Stellfläche für das Fahrzeug, was Sie uns anerkennen, als Mietfläche, sondern wir brauchen auch darüber hinaus Flächen. Der Helfer oder die Helferin muss ja auch umgezogen sein, braucht ein Umkleide und braucht auch eine Dusche. Es braucht auch Raum für Fort- und Ausbildung. Da bewegt sich einiges in der Argumentation, aber auch hier ist noch Luft nach oben.

Mietpreise und Gebäudemarkt sind das andere. Auch hier scheint es so, als würden wir uns auf höhere Kosten verständigen können. Aber wie gesagt, ich komme noch mal zurück auf meine Worte gerade: Es ist nicht nur allein der Quadratmeterpreis. Es dreht sich auch um die Anerkennung der Flächen.

Zum Schluss möchte ich auf ein weiteres Thema kommen: die Zusammenarbeit mit den Bezirken, zentrale Aufgaben. Das wurde gerade schon an verschiedenen Stellen gesagt. Sie müssen sich das einmal vorstellen. Unsere Struktur sind ja die Kreisverbände hier, die in den jeweiligen Bezirken tätig sind. Je nachdem, wie der Katastrophenschutz in dem Bezirk organisiert ist, gibt es völlig unterschiedliche Kostenvereinbarungen, erhalten wir nur in den seltens-

ten Fällen auch tatsächlich einen Auftrag, wenn wir im Rahmen des Bevölkerungsschutzes aktiv werden beziehungsweise man uns anfordert. Sie haben es gerade an verschiedenen Stellen schon ausgeführt: Sie sind dabei, auch hier gewisse zentrale Strukturen und Voraussetzungen zu schaffen. Ich muss sagen, das begrüßen wir ganz ausdrücklich. Aktuell ist es so, dass wir bei jedem Einsatz, jedem Kampfmittelfund, jedem Wohnhausbrand individuelle Kostenübernahmeerklärungen vereinbaren müssen. Sie können sich vorstellen, dass das keine wahre Freude ist.

Insgesamt stehen wir als Organisation gemeinsam mit Ihnen vor großen Herausforderungen, aber ich bin zuversichtlich, dass uns deren Bewältigung gelingen wird. Die Hilfsorganisationen sind pragmatisch. Das merken Sie immer wieder an vielen Stellen. Das, was wir in den letzten Jahren für Berlin geleistet haben, war nicht nur tatkräftig, sondern – ich will es jetzt auch nicht als Übung deklassieren; es war keine Übung, es war jeweils in Echtzeit und echte Ereignisse – auch wir lernen daraus natürlich jede Menge. Mit der Erhöhung der Katastrophenschutzmittel haben Sie dieses Engagement ganz deutlich gesehen. Und ich muss und möchte Ihnen noch mal ausdrücklich dafür danken und kann Ihnen nur anbieten, dass wir das Land Berlin natürlich weiter mit unseren ehrenamtlichen Kräften und auch als Organisation unterstützen werden. Ganz nach dem Motto „Wir helfen Berlin“. Das kennt der eine oder andere, das ist der gemeinsame Slogan der Hilfsorganisationen. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Sturm! – Dann kommen wir zu Herrn Cachée als Katastrophen- und Zivilschutzbeauftragtem des Bezirksamts Lichtenberg und der Sicht der Bezirke. – Bitte, Herr Cachée, Sie haben das Wort!

Philipp Cachée (BA Lichtenberg): Vielen herzlichen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich erst mal recht herzlich bedanken, dass Sie mich eingeladen haben, hier heute zu Ihnen sprechen zu dürfen, und möchte eines gleich vorwegschicken: Wenn Sie gleich den Bericht aus dem Bezirk Lichtenberg hören, möchte ich Sie bitten, dabei zu berücksichtigen, dass Lichtenberg einen Riesenvorteil hat. Lichtenberg hat den Vorteil, dass ich dort eine Stelle besetze, die eine Vollzeitstelle ist, quasi 1,0 Vollzeitstelle, die sich mit nichts anderem beschäftigt als dem Thema Katastrophen und Zivilschutz, und ich in der glücklichen Lage bin, ein abgeschlossenes Studium in diesem Bereich zu haben und ich mit entsprechender Erfahrung aus den letzten Jahren auch auf internationaler Ebene das Ganze ergänzen kann. Das möchte ich deswegen sagen, weil natürlich viele sich Fragen stellen werden: Warum funktioniert es in Lichtenberg und irgendwo anders vielleicht nicht so gut? – Das liegt daran, dass man Verwaltungsmitarbeitenden oder Verwaltungsbeamten, die diese Funktionen, egal ob in den Hauptverwaltungen oder eben auch in den Bezirken, diese Tätigkeit als Katastrophenschutzbeauftragte übernommen oder übergeben bekommen haben, auch eine große Last auferlegt hat und teilweise gravierende fachliche Grundlagen einfach fehlen und man sich diese über Jahre hinweg erarbeitet hat. Ich kann mit Stolz sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass alle meine Kollegen und Kolleginnen hier mit bestem Wissen und Gewissen stets alles getan haben und auch tun, um ihren Teil dazu beizutragen, Berlin ein Stück sicherer zu machen.

Ich würde jetzt sehr gern in den Bericht aus Lichtenberg einsteigen. Wie gesagt, der ist rein auf meinen Bezirk abgestimmt. – Auf Basis der bezirklichen Risikoanalyse wurden in Summe 152 Risiken natürlichen, technischen und gesellschaftlichen Ursprungs ermittelt und bewertet.

Zusammen mit einer interdisziplinären und sehr umfänglichen Kräfte-Mittel-Aufstellung, die zum Beispiel Kontaktdaten von medizinischem Personal, Arzneimittelversorgung, Apotheken, verschiedensten Fachunternehmen, Lebensmittelversorgern et cetera enthält, ergibt sich dann in Summe ein eingestuftes Dokument, nämlich der bezirkliche Notfall-Krisen-Katastrophen-Zivilschutz-Plan. Wir haben seit Jahren im Bezirk Lichtenberg das Glück, eine angeordnete Rufbereitschaft zu haben für alle benannten Fachämter und haben das als Dauerdienst organisiert. So sind wir in der Lage, gemäß ASOG und der Verordnung der gemeinsamen Einsatzleitung und -lenkung unsere Aufgaben entsprechend wahrzunehmen. Hier haben alle Bezirke inklusive mir das klare Ansinnen an Sie: Wir brauchen hier bitte eine berlinweite Regelung, die zwingend notwendig ist, vor allem, weil das ja auch Vergütungsansprüche der diensthabenden oder in Rufbereitschaft befindlichen Kollegen betrifft. Hier gibt es leider berlinweit keine eindeutige Regelung.

Zu den Notfalltreffpunkt oder Katastrophenschutz-Leuchttürmen: Wir haben drei stationäre und einen mobilen Notfalltreffpunkt, welche neben Digitalfunk mit zwei unabhängigen Satelliten-Kommunikationssystemen, thermoisolierten Schnelleinsatzzelten mit externer Heizung und netzstromunabhängiger Energieversorgung unter anderem mit nachhaltiger Energie, nämlich Photovoltaikmodulen, ausgestattet sind. Zudem unterhalten wir neun Notfall-Informationspunkte, welche derzeit mit Satellitenmessengern ausgestattet werden, auch im Fall des Ausfalls von Digitalfunk oder Telekommunikation eine Verbindung in den führenden Stab beziehungsweise zu einem zugeordneten Notfalltreffpunkt sicherzustellen. Wir haben ein Ad-hoc-WLAN erstellt, entwickelt, das als Bürgerinformationssystem genau an diesen Stellen eingesetzt werden soll. Da hat dankenswerterweise Herr Staatssekretär Hochgrebe bereits letztes Jahr unterstützend eingegriffen und schlussendlich jetzt dafür gesorgt, dass Anfang des Jahres das an alle Bezirke entsprechend ausgerollt wurde. Vielen herzlichen Dank dafür!

Wir beherbergen zudem – ich glaube sogar, bundesweit als einzige Katastrophenschutzbehörde – einen mobilen Notfallradiosender. Das ist noch ein Überbleibsel aus dem Impf-Drive-in, das wir einer sinnvollen Weiterverwertung zugeführt haben, und dient als Redundanz beim Ausfall des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und kann dann von der Innenverwaltung zur Bevölkerungsinformation eingesetzt werden.

Als Outcome der Coronalage ist, wie es auch meine Vorredner hier schon erwähnt haben, natürlich die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern ein großes Anliegen. Wir haben dazu ein Programm ins Leben gerufen, das wird derzeit ausgerollt. Die ersten Sachen sind auch schon im Internet veröffentlicht dazu, und zwar das Programm ZEUS. ZEUS steht für „Zertifizierte Ehrenamtliche Unterstützungskräfte im Bevölkerungsschutz“. So sollen quasi Spontanhelfer geführt und vor allem prä-qualifiziert werden, um sie gemäß ihrer hauptberuflichen Profession oder eben nur als helfende Hände heranziehen zu können, da zum Beispiel an den Notfalltreffpunkten, Informationspunkten oder für Aufgaben, womit man dann auch spezialisierte Hilfskräfte aus den Hilfsorganisationen wiederum entlasten oder herausnehmen kann oder auch nicht sofort die Bundeswehr hinzuziehen muss, weil man eben genügend andere helfende Hände aus der Bevölkerung heranziehen kann.

Zum Thema des Hitzeschutzes betreiben wir ein eigenes Sensornetzwerk in den Quartieren. Wir haben zwölf Sensoren, die im Bezirk verteilt sind. Diese Livedaten werden genutzt zur Analyse, ob wir entsprechend tätig werden müssen oder nicht. Wir werten diese erhobenen Daten selbstverständlich nach der Hitzesaison aus, um die Notfallpläne fortzuschreiben. Zu-

dem sind diese dazu da, dass wir wissen, ob wir die vorgesehenen sogenannten Public Cooling Shelter aktivieren müssen: Ja oder nein?

Für den Bereich der vulnerablen Bürgerinnen und Bürger haben wir als Pilotbezirk der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege mit allen ambulanten, teilstationären und vollstationären Einrichtungen der Pflege in Lichtenberg in einem zweitägigen Workshop das Musternotfallhandbuch Pflege Berlin erarbeitet. Dieses befindet sich derzeit in der Schlussbearbeitung und unterstützt die Einrichtung, ihre Verpflichtungen gemäß § 113 SGB XI – Maßstäbe und Grundsätze der Pflege – zu erfüllen, um dann in die Abstimmung mit uns als zuständige Gefahrenabwehrbehörde gehen zu können. Dies beinhaltet unter anderem auch die Pflicht und die Awareness auf die Pflicht zur Bildung von Notfallreserven in den Einrichtungen für die dort untergebrachten Personen. Für heimbeatmete Personen halten wir drei notstromversorgte Notfallstätten zur Zentralversorgung und -unterbringung vor.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit – ist heute auch schon einiges angesprochen worden – haben wir das frühkindliche Resilienzsteigerungsprojekt Junior Sicherheitsexperte für Schulen ab der 4. Klasse bereits vor 2022 begonnen, warten derzeit auf die zuständige Bildungsverwaltung, damit wir hier das Ganze mit den Erfahrungen aus den Pilotprojekten auf ganz Berlin ausrollen können. Für Privathaushalte wird es ab spätestens Mai über die Volkshochschule Online-Webinare geben, an denen Privathaushalte wann immer es ihnen beliebt teilnehmen können, um sich zu Informationen der Selbsthilfefähigkeit informieren und fortbilden zu können. Wir halten zudem fortlaufend individuelle Vorträge, zum Beispiel auch in Gebärdensprache für gehörlose Mitbürgerinnen und Mitbürger. Für das vierte Quartal ist zudem eine große Katastrophenschutzübung angeplant und bereits bei der Innenverwaltung angemeldet, welche auch wissenschaftlich durch die Hochschule für Wirtschaft und Recht begleitet wird.

Zum Schluss noch zum Thema des Zivilschutzes: Im Bereich des Zivilschutzes haben wir zusammen mit dem Kreisverbindungskommando Lichtenberg vor 14 Tagen erfolgreich die Erfassung, Kartierung, Luftbilddokumentation und Klassifizierung von verteidigungsrelevanten Objekten im Bezirk abgeschlossen. Diese Informationen fließen zudem ein in die Vorbereitungen eines möglichen Host Nation Supports.

Wir haben aktuell für knapp 450 Personen Material für eine Notunterbringung. Das beinhaltet unter anderem Hygieneartikel, Geschirr und auch Dinge des täglichen Bedarfs. Hier wäre auch dringend notwendig, um auf das von den Behörden oder von den Verwaltungen vorgegebene 1 Prozent der Bevölkerung kommen zu können, die Bezirke auch mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatten zu können oder das Ganze in das Landesamt für Katastrophenschutz zu überführen.

Für die Trinkwasserversorgung verfügen wir derzeit im Bezirk über 92 Brunnen, davon 42 in Bundeseigentum und 50 Landesbrunnen. Außer Betrieb sind derzeit, zum Teil aufgrund von Vandalismusschäden, 24 Stück. Mit den 68 einsatzbereiten Brunnen können wir, gerechnet auf die 320 000 Einwohnenden, diese circa mit 7,7 Liter pro Tag versorgen. Wenn alle in Betrieb gehen, wären es 10,35 Liter pro Tag. Wir sollten jedoch nach dem Trinkwassersicherstellungsgesetz mindestens 15 Liter pro Tag zur Verfügung stellen können, und das beinhaltet sowohl das Wasser zum Trinken als auch für Hygiene oder um Probleme mit Abwasserbeseitigung größtmöglich verhindern zu können. Dafür müssten jedoch auch wiederum weitere

Brunnen erschaffen werden. Ich hoffe, dass da jetzt für alle Bezirke durch die Übergabe an die Berliner Wasserbetriebe entsprechende Geldmittel dafür eingeplant worden sind. Zusätzlich gibt es jedoch noch eingestufte Reservemöglichkeiten, die jetzt aber hier nicht Erwähnung finden.

Es gibt noch ein Problem im Zuge der Trinkwasserversorgung, und zwar nennt sich das Ding Chlortabletten. Das Problem mit den Chlortabletten ist: Wir haben aktuell für die gesamte Stadt nur einen Vorrat für ungefähr vier Tage, um Brunnenwasser entsprechend aufzuchloren zu können. Das größere Problem allerdings ist, dass die derzeit in Glasbehältern abgefüllt sind. Das ist Schüttgut mit circa 1 500 Stück pro Glas. Wie man die jetzt als Schüttgut an einzelne Bürger, nämlich mit zwei Tabletten pro Tag pro Person berlinweit ausgeben soll, ist bis jetzt ungeklärt. Zudem auch: Entsprechende Anleitungen sind nach meinem aktuellen Wissensstand nur in deutscher Sprache und da in unbekannter Menge vorhanden. Das zuständige Ressort lagert diese Tabletten derzeit zentral in Lichtenberg. Wie die von dort im Bedarfsfall durch die ganze Stadt verteilt werden sollen, ist auch ungeklärt. – Damit würde ich meinen Beitrag schließen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Cachée! – Vielen Dank allen Anzuhörenden für diese einführenden Erläuterungen! Wir steigen dann ein in unsere Erörterungsrunde. Als Erster hat der Abgeordnete Franco das Wort. – Bitte!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst einmal vielleicht ein paar einleitende Worte. Herr Hochgrebe hat am Anfang ja sehr lang und ausführlich vorgelesen, sehr viele Buzzwords, was gemacht wird, aber nicht wie. Immerhin war Herr Göwecke ein bisschen konkreter, auch in den Prioritäten, die das Senat setzt.

Wenn wir uns anschauen: Der Katastrophenschutz fristet ein Nischendasein. Es wurden heute zwar auch viel Lob mit Blick auf neue Stellen und auch Fahrzeuge im Katastrophenschutzhaushalt gemacht, aber angesichts der Haushaltslage wird es schwer, auch über die nächsten zwei Jahre hinaus von diesem Nullpunkt, den Sie vorhin angesprochen haben, substanziell wegzukommen. Ein Ausdruck dieser ganzen Debatten sind ja auch die Debatten über die Sirenen, die wir vorher geführt haben. Klar sind Sirenen ein wichtiger Teil der Warninfrastruktur. Aber was passiert eigentlich dann? Wer in diesem Raum kann denn dann sagen: Was machen wir, wenn die Sirenen in Berlin eines Tages angehen sollten? Eigentlich müssen wir mal klar bekommen für welche Krisen wir in Berlin in welcher Form vorbereitet sind. Da müssen wir anerkennen, dass der klassische Bevölkerungsschutz, also auf Deutsch Polizei, Feuerwehr, Hilfsorganisationen kommen, lösen die Lage, alle sind zufrieden und können wieder nach Hause – das wird so nicht klappen. Eigentlich bräuchte es an dieser Stelle hier für jedes Ressort eine eigene Anhörung. Deshalb ist es auch durchaus etwas sportlich zu meinen, man könne dieses Problem hier in drei Stunden mit der nötigen Tiefe besprechen.

Aus meiner Sicht sollte man sich aber auf jeden Fall mal überlegen, ob tatsächlich der Katastrophenschutzfall und die Großschadenslage, die wir ja bisher im Katastrophenschutzgesetz verankert haben, in der Form überhaupt noch dem aktuellen Bedarf in einer Krisensituation gerecht werden oder ob wir da nicht vielmehr ins Detail gehen müssen. Es bräuchte – gerade auch mit Blick auf die gesellschaftspolitische Relevanz – eine Betrachtung über die Sicherheitsbehörden hinaus. Eigentlich müssen wir sogar von der Resilienz aller Behörden sprechen. Konkret: Wie funktioniert diese Stadt, nicht nur im Normalzustand, sondern gerade bei andauernden Krisensituationen? Wie bleiben wir da handlungsfähig, damit auch zum Beispiel Krankenhäuser, Rettungsdienst, ÖPNV nicht in eine Komplettüberlastung laufen? Und ehrlich gesagt sieht es da ja schon im Normalzustand nicht optimal aus.

Wir sollten uns dann die Frage stellen, ob Katastrophenschutz wirklich nur die Frage ist, wie wir ein bestimmtes Problem lösen, oder ob man das noch mal struktureller ansetzt. Da gab es ja einige Punkte, auf die ich gleich in den Fragen noch einmal eingehe. Aus meiner Sicht ist Katastrophenschutz eine Frage der staatlichen Resilienz, also aller Behörden, und auch der Anpassungsfähigkeit an Krisensituationen. Da sollte man tatsächlich in den Blick nehmen, welche Krisen denn kommen können. Deshalb auch eine Frage in Richtung Senat: Wie sieht das denn aus mit einer Risikoplanung, also wie viele, in welchem Umfang bis zum Atomschlag oder inwiefern planen Sie denn da und in welcher Form?

Mich würde auch noch interessieren: Frau Sticher, Sie haben die Bedeutung von Sozialräumen angesprochen. Können Sie das noch mal ausführen? Und vielleicht gibt es auch schon einen Lagebild für Berlin, wie sich die sozialräumlichen Unterschiede darstellen und welche Auswirkungen das auf den Bereich des Katastrophenschutzes hat.

Dann noch eine allgemeine Frage, sowohl an die Hilfsorganisation als auch an Herrn Göwecke, inwiefern die PSNV-Strukturen in Berlin eine relevante Rolle spielen. Wir haben ja nach dem Breitscheidplatz-Anschlag hier ein entsprechendes Gesetz geschaffen. Wir hatten auch bei der Amokfahrt am Tauentzien funktionierende Strukturen, aber da fehlt ja noch einiges, bis das auch in Gänze und für alle möglichen Situationen tatsächlich umgesetzt ist.

Eine letzte Frage meinerseits ist noch einmal zur Bedeutung der Bezirke. Herr Cachée hat jetzt angeführt, was in Lichtenberg bereits alles vorhanden ist. Ich glaube, es sind noch nicht alle Bezirke so weit. Aber wären die Bezirke aus Ihrer Sicht bei Großschadenslagen oder Katastrophenschutzfällen derzeit tatsächlich handlungsfähig genug? Inwiefern stellt sich vielleicht auch die Verteilung bestehender finanziellen Mittel dar? Sie hatten ja auch mehr gefordert. Wie sieht es darum aus? Wie viele Gelder haben denn die Bezirke für Katastrophenschutz? Mir ist sind da zumindest aus den Haushaltsplänen keine größeren Töpfe bekannt. – Soweit vielleicht von meiner Seite. Damit Zeit für die Beantwortung bleibt, gebe ich gerne weiter.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Franco! – Dann habe ich als Nächsten Herrn Abgeordneten Schrader auf der Liste. Ich bitte alle, etwas auf die Zeit zu achten, damit wir am Ende auch noch mal die Anzuhörenden und den Senat, wenn er das wünscht, zu Wort kommen lassen können. – Herr Abgeordneter Schrader, Sie haben das Wort!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank! – Und auch vielen Dank von uns an die Anzuhörenden für die Vorträge! Wir haben ja dieses Thema heute sehr breit aufgestellt, was, glaube ich, auch mal nötig ist. Allerdings ist es natürlich schwer, dann auf alle einzelnen Punkte, die hier genannt worden sind, vertieft einzugehen. Ich will aber mal versuchen, ein paar Sachen herauszugreifen und anfangs auch noch zwei oder drei einleitende Bemerkungen machen.

Ich glaube, beim Thema Geld – mein Vorredner hat es angesprochen –, das der Senat vorhält beziehungsweise das das Abgeordnetenhaus hier in den Haushalt geschrieben hat für diesen Bereich, insbesondere Katastrophenschutz, muss man in der aktuellen Situation immer ein großes Fragezeichen dranhängen. Da stehen zwar Zahlen im Haushalt, aber wir wissen alle, dass erst noch entschieden wird, was davon ausgegeben und was zurückgehalten wird. Ich glaube, niemand kann jetzt mit Sicherheit sagen, dass nicht auch dieser Bereich davon betroffen sein wird, so wichtig er ist; aber es wird noch entschieden werden. Ich finde, das gehört zur Ehrlichkeit dazu: Wenn man denn hier, wie der Senat das einleitend getan hat, betont, dass hohe Priorität beim Bevölkerungsschutz liegt, gehört zur Ehrlichkeit dazu, dann auch zu sagen, dass das mit dem vorgehaltenen Geld noch nicht letztendlich entschieden ist.

Wir haben auch in der Anhörung gehört, dass bei einigen Punkten das, was der Senat an Aufgaben zu leisten hat, hier noch etwas hinterherhinkt. Wir wissen das bei den Katastrophenschutz-Leuchttürmen, wir haben es gehört bei der Versorgung mit Nottrinkwasser. Wir hören es jetzt wieder bei den Sirenen. Da gibt es schon einiges an Hausaufgaben, wo ich mal sage, dass das, was der Senat macht, nicht unbedingt im Zeitplan ist. Da stellt sich schon die Frage, ob das mit der Priorität wirklich so hoch ist, wie es hier einleitend gesagt wird. – Das vielleicht zu Anfang.

Jetzt möchte ich ein paar Fragen im Konkreten durchgehen, insbesondere an die Anzuhörenden. Vielleicht eine Frage, die Sie von sich aus noch nicht angesprochen haben, es ist eine offene Frage: Das Katastrophenschutzrecht in Berlin wurde ja vor nicht allzu langer Zeit etwas angepasst, insbesondere was die Entscheidungswege im Katastrophenschutzfall und im Fall einer Großschadenslage angeht. Wie bewerten Sie das aus Ihren Erfahrungen bis jetzt, und sehen Sie aktuell weiteren Änderungsbedarf im Berliner Katastrophenschutzrecht?

Zum Thema Katastrophenschutz-Leuchttürme: Da fand ich insbesondere den Vortrag von Frau Sticher sehr interessant, den ja etwas unterbeleuchteten Punkt aufzumachen, den Sie untersuchen, mit der Einbeziehung der Bevölkerung und dem Bottom-up-Konzept. Meine Frage ist – erst mal vielleicht an den Senat –: Wie ist der Stand eigentlich gerade bei den Katastrophenschutz-Leuchttürmen? Wir haben da jetzt länger keine konkreten Zahlen mehr gehört, wie viele denn davon jetzt gerade einsatzfähig sind. Im letzten Herbst waren nach einer Anfrage meines Kollegen Ronneburg, der hier neben mir sitzt, erst sechs Standorte in den Bezirken einsatzfähig. Das werden jetzt mehr sein, aber ich würde schon fragen, wie viele das jetzt sind und wie der Plan ist, wann das denn soweit vollständig sein soll. Auch bei den Katastrophenschutz-Informationspunkten würde mich interessieren, wie der Senat den Stand und den Plan der Umsetzung aktuell bewertet.

Frau Sticher, ich habe an Sie die Frage, ob Sie denn die Umsetzung auch wissenschaftlich begleiten und wie. Also einmal bei den Katastrophenschutz-Leuchttürmen, aber auch bei dem, was Sie da noch mal extra genannt haben, den Kat-I-Punkten. Wie gehen Sie da wissenschaftlich heran, und wie erforschen Sie die Umsetzung und geben weitere Zwischenempfehlungen auch an die, die das am Ende verantworten und umsetzen? Wie ist das? – Ich habe schon den Eindruck, dass das jetzt im Konkreten bei der Umsetzung noch nicht so weit ist, wie es eigentlich sein sollte.

Frau Sturm, Sie haben angesprochen – ich hätte es auch angesprochen –, dass Sie das Geld, das Ihnen zusteht, noch nicht ausgegeben bekommen. Sie haben gesagt, es gibt noch kein Bewirtschaftungskonzept. Da hätte ich mal die Frage, wie das erstellt wird. Welchen Beitrag leisten Sie dazu, und welchen leistet die Senatsseite? Woran hängt es jetzt ganz konkret, dass das noch nicht vorliegt? – Weil Sie ja sagten, dass das entscheidend ist, um das Geld auch ausgeben zu können, finde ich es schon eine wichtige Frage, hier zu klären, was jetzt konkret passieren muss, damit das Geld fließen kann.

Sie haben auch gesagt, dass Sie hauptamtliches Personal über Zuwendungen finanzieren möchten. Da ist erst einmal die Frage, ob ich das richtig verstanden habe. Woran liegt es, dass Sie das gerade nicht können? Im Zuwendungsrecht ist es ja möglich, auch über Zuwendungen, Vollzeit- oder auch hauptamtliche Stellen zu finanzieren. Ist das ein formelles Hindernis, oder ist einfach zu wenig Geld da, um das tun zu können?

Frage an den Senat: Frau Sturm hat das Problem von Räumlichkeiten und Mietpreisen angesprochen. Inwieweit unterstützt der Senat denn die Hilfsorganisationen auch praktisch und organisatorisch, abgesehen von der finanziellen Unterstützung bei diesen Problemen?

Das Thema Sirenen will ich noch kurz ansprechen; es wurde ja eingangs unter Besondere Vorkommnisse schon etwas dazu gesagt. Ich habe jetzt noch mal neue Gründe gehört, also die sind jetzt schon in früheren Statements genannt worden: Es gab Corona, es gab Probleme mit

der Statik, und das war alles komplizierter, als man es dachte. Jetzt hat Herr Hochgrebe noch mal angeführt, es geht insbesondere um Fachkräftemangel bei Drittfirmen, der das Problem darstellt. – Ich frag mich schon: Welche dieser Erklärungen ist denn jetzt die tatsächlich ausschlaggebende? Und kann man nicht Dinge wie zum Beispiel Probleme mit der Statik auch vorher in der Planung berücksichtigen? Das ist ja nun keine Überraschung wie zum Beispiel eine Pandemie oder so etwas. Ich finde es schwierig, wenn man Ziele ausgibt, und es sind ja Ziele ausgegeben worden zum Jahresende 2022 und zum Jahresende 2023, die Sirenen alle installiert zu haben, und jetzt reden wir von 2024 und können schon erahnen, dass das vielleicht auch nicht klappt. Ist es überhaupt sinnvoll, da Ziele auszugeben? Und haben Sie da überhaupt jetzt noch ein konkretes zeitliches Ziel, bei dem Sie sagen können, das halten wir dann auch ein? Wenn das nicht geht, müssen Sie vielleicht auch mal davon abrücken, konkrete Zeitpläne zu nennen.

Die letzte Frage schließt an den Vortrag von Herrn Cachée an: Ich habe mich gefragt, wie das ist mit der Öffentlichkeitsarbeit. Sie haben da ja einiges genannt, was Sie als Bezirk machen, gerade auch, was die Information der Bevölkerung angeht, im Zusammenhang mit verschiedenen Punkten, mit verschiedenen Einrichtungen wie Katastrophenschutz-Leuchttürmen und Ähnlichem. Was macht da der Bezirk, und was macht das Land bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Aufklärung der Bevölkerung, bei der Einbeziehung? Wie ist da die Arbeitsaufteilung, oder arbeitet man da parallel nebeneinander? – Das sind meine Fragen. Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Abgeordneter Schrader! – Herr Abgeordneter Naumann, bitte, Sie haben das Wort!

Reinhard Naumann (SPD): Wenn Herr Matz als früherer Staatssekretär für Gesundheit und ich als seinerzeit Verantwortlicher als Bezirksbürgermeister von Charlottenburg-Wilmersdorf Ihnen hier heute begegnen, Herr General Uchtmann, will ich noch mal deutlich sagen: Danke für die herausragende Zusammenarbeit in der Pandemiebekämpfung seinerzeit! – Warum sage ich das vorweg? – Weil Sie in Ihrem wichtigen Beitrag deutlich gemacht haben, wer seinerzeit den Hut aufhatte, und die Bundeswehr hat Amtshilfe geleistet im Rahmen eines formalisierten Verfahrens. Damit das nicht untergeht: Sie haben deutlich gemacht, für die Zukunft sehen Sie eine Umkehrung der Rahmenbedingungen. Das bedeutet, dass das Land Berlin in seiner Zweistufigkeit der Verwaltung – Landesebene einerseits und die zwölf Bezirke andererseits – sich darauf einstellen muss und sich entsprechend neu aufstellen muss. Ich sage ganz bewusst „neu aufstellen“, denn nach meiner Erfahrung ist das richtig, was Sie erwähnt hatten: Die vielen Akteure, die sich naturgemäß in dem Bereich befinden, verbinden sich mit einer absoluten Herausforderung in Sachen Schnittstellenthematik, um nicht zuzuspitzen und zu sagen Schnittstellenproblematik. Wer um viele Schnittstellen unterschiedlicher Akteure und ihrer Verantwortung und Zuständigkeiten weiß, dem ist völlig klar, dass in dem Themenfeld, das wir hier heute aufgerufen haben – Bevölkerungsschutz, Katastrophenschutz bis hin zu der zusätzlichen Schleife, auf die Sie hingewiesen haben, sich möglicherweise kriegerischen Bedrohungen gegenüber zu sehen –, klare – ich unterstreiche nochmals: klare – Verantwortlichkeiten her müssen. Frage an alle hochgeschätzten Anzuhörenden: Sind diese klaren Zuständigkeiten aus Ihrer Sicht bereits gegeben? – Frage eins.

Frage zwei, Stichwort Katastrophenschutzzentrum: Wie sieht der Zeitplan zur Verwirklichung und Implementierung dieses wichtigen zentralen Momentums für die Zukunft aus? Und anknüpfend an meine Frage eins: Inwiefern werden sich dann auch Kommunikations- und Ver-

antwortungslinien einerseits an der Schnittstelle Land Berlin und Externe, Stichwort Hilfsorganisationen, Bundeswehr und andere, aber vor allem auch an der Schnittstelle innerhalb der Zweistufigkeit der Verwaltung des Landes Berlin, Senats-, Landesebene versus die zwölf Bezirksebenen, verhalten? – Ich glaube, dass wir hier tatsächlich sehr genau hingucken müssen, um vom Ende her betrachtet in der Realisierung möglicher Katastrophentatbestände in Zukunft adäquat aufgestellt zu sein, Stichwort: Wir müssen vor der Lage sein und nicht hinterherkleckern.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Naumann! – Frau Abgeordnete Ahmadi, bitte, Sie haben das Wort!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch Ihnen vielen Dank für die Ausführungen! Ich habe zwei konkrete Fragen. Zum einen an Sie, Herr General Uchtmann: Sie haben natürlich zu Recht angesprochen, dass Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz nicht zuletzt auch ein kriegerischer Schutz sind, den wir gewährleisten müssen. Da wir im Jahr 2024 sind und nicht erst seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine wissen, dass Kriege auch digital geführt werden, wollte ich zum einen von Ihnen wissen, wie Sie aufgestellt sind, was digitale Kriegsführung angeht, aber auch was die Gewährleistung von Cybersicherheit in Ihrer Verantwortlichkeit angeht. – Die gleiche Frage will ich natürlich auch unserem Senat stellen, inwiefern wir mit Cybersicherheit aufgerüstet und gegen Cybercrime nicht nur in kriegerischen Situationen, sondern auch dazwischen praktisch aufgestellt sind und diese auch abwehren können.

Zum anderen hat Frau Prof. Sticher: In Ihren Handlungsempfehlungen haben Sie die Bildung und Vorbereitung der Bevölkerung erwähnt. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie das auch in Ihren Handlungsempfehlungen aufgezählt haben! Ich wollte noch mal den Senat fragen, inwiefern wir nicht nur Öffentlichkeitsarbeit, sondern tatsächlich Aufklärung und Vorbereitung der Bevölkerung vorhaben, welche Pläne Sie für die nächsten Jahre, aber auch Monate haben, sei es Vorbereitung in den Schulen, aber auch andernorts, also außerhalb von Bildungseinrichtungen. Das hat ja auch mein Kollege Franco gesagt: Was passiert nach der Sirene? Wie reagieren die Menschen? Was sind die nächsten Schritte? Haben Sie da bereits etwas geplant? – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Ahmadi! – Es folgt Herr Abgeordneter Woldeit. – Bitte, Sie haben das Wort!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vorab auch mein herzlicher Dank an die Anzuhörenden für die für mich hochinformativ Anhörungs, muss ich wirklich sagen! Ich habe in der Tat noch ein paar Nachfragen.

Ich fand Ihren Vortrag, Frau Prof. Sticher, hochinteressant, insbesondere, dass Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, im Zeitraum von zwei Dekaden, über 20 Jahre diverse Katastrophenfälle international ausgewertet haben und anhand diverser Szenarien – Sie sprachen ja vom Schlüsselszenario Stromausfall – auch das Verhalten aus psychologischer Sicht im Rahmen der Bevölkerungsbetrachtung analysiert haben. Wie gesagt, hochinteressant! Auch interessant für mich zu erfahren war, dass die Hilfsbereitschaft, gerade zu Beginn eines solchen Szenarios, sehr hoch ist. Sie sprachen aber an, dass es auch eine Schattenseite gibt in Form von Plünderungen; dann kommt es auf die ganze Bevölkerungsstruktur an. Als wir den

Stromausfall in Treptow-Köpenick hatten, betraf der einen sehr bürgerlichen Bereich, sodass wir da diese Herausforderungen nicht hatten, wofür wir alle dankbar sind. Mich würde interessieren: Haben Sie an irgendeiner Stelle eine Art Kippunktzeitraum festgestellt, dass sich das quasi umkehrt, wenn die Hilfsbereitschaft zu Beginn groß ist, ein Blackout über einen gewissen Zeitraum anhält, dann das aber umschlägt, zuerst in eine Form von Angst – man ist dann selber betroffen, die Hilfsbereitschaft fährt zurück – und dann vielleicht auch im Rahmen eines Egoismus umschlägt. Das würde mich interessieren, ob Sie da Erkenntnisse haben.

Dann eine Frage an Sie, Herr General Uchtmann: Sie sprachen den Umstand Amtshilfeersuchen an. Ich weiß noch aus meiner Zeit damals beim Kommando Territoriale Aufgaben – da gab es viele Amtshilfeersuchen, die wir auch versucht haben, zu erfüllen und umzusetzen. Aber die Lage hat sich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ein Stück weit geändert. Das heißt, vermute ich mal, dass die Fähigkeiten noch da sein werden, aber die Umstände verhindern, dass man Amtshilfe in dem Umfang leisten kann, wie man es vielleicht früher gemacht hat. Sie sprachen als ein Beispiel die Unterstützung der EURO 2024 an, die wahrscheinlich so nicht mehr gewährleistet werden kann. Ich erinnere mich an 2006; das waren ja umfassende Maßnahmen, die wir als Bundeswehr geleistet haben. Da würde mich interessieren, deswegen die Nachfrage: Was sind konkret die Umstände, die dazu führen, dass Amtshilfe in dem Umfang nicht mehr geleistet werden kann? Sind das personelle Dinge? Sind es strategische Dinge? Sie sprachen natürlich auch von dem Szenario Kriegsbedrohung und Ähnliches. Das bindet Kräfte; das bindet ja im Vorfeld schon strategisch massiv Kräfte. Da hätte ich gern eine kleine Erläuterung.

Herr Cachée, vielen Dank für Ihre Ausführungen! Vielen Dank für Ihre Arbeit! Es freut mich natürlich als Lichtenberger Abgeordneter, dass wir in diesem Punkt Katastrophenschutz Vorreiter sind, und ich glaube, das liegt zu einem wesentlichen Teil an Ihnen und Ihrer Erfahrung und Ihrer Expertise. Eine kurze Nachfrage: Sie sprachen an, dass eine Katastrophenschutzübung geplant ist. Da würde mich interessieren, in welchem Umfang und in welcher Größe. Ist das eine Rahmenlageübung? Gibt es auch praktische Anteile dieser Katastrophenschutzübung, und welche Kräfte sind dort überall mit eingebunden?

Meine Frage an Frau Sturm zur Haushaltsmittelverwendung hat mir der Kollege vorhin vorweggenommen, und dementsprechend freue ich mich auf die Antworten – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Woldeit! – Herr Abgeordneter Herrmann, bitte, Sie haben das Wort!

Alexander Herrmann (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von meiner Seite noch einmal herzlichen Dank an unsere Anzuhörenden, auch an Herrn Göwecke für die Ausführungen! Ebenso ein herzliches Dankeschön an die von Ihnen hier direkt oder stellvertretend – wenn ich an die vielen Hilfsorganisationen in der Stadt denke – repräsentierten Kräfte sowohl im Haupt- als auch im Ehrenamt! Das ist für Berlin wichtig. Wir wissen es zu schätzen. Vielen Dank!

Das Thema Bevölkerungs- und Katastrophenschutz ist angesichts multipler Krisen ja mit Massivität wieder in die öffentliche Wahrnehmung, in das öffentliche Bewusstsein gekommen, dass wir ganz schwer vor die Lage kommen, weil es eben lange gar keine Lage gab, mit der wir uns so intensiv beschäftigt haben, wie wir es heute hier tun. Deswegen ist es richtig,

dass wir als Koalitionsfraktionen heute eine Anhörung aufgerufen haben, um ganz selbstkritisch auch einen Ist-Zustand zu definieren, zu erfassen. Da bin ich bei Innenstaatssekretär Hochgrebe: Wir sind nicht bei Punkt null, wir sind schon einen Schritt weiter. Ob wir schon weit genug sind, darüber kann man streiten. Das werden wir im Nachgang dieser Anhörung sicherlich gemeinsam auswerten. Wir werden auch Erkenntnisse aus der Anhörung mitnehmen und weitere Schritte planen. – Das vielleicht in der gebotenen Kürze als Einleitung.

Lassen Sie mich gern zu Fragen kommen, die sich aus den Wortbeiträgen unserer Anzuhörenden ergeben haben. Herr Cachée, unbestritten ist Lichtenberg ganz weit vorne, und das liegt natürlich auch an Ihnen, es liegt an der Personalausstattung in Lichtenberg. Mich würde da schon einmal Ihre Innensicht als Bezirksvertreter zur personellen und finanziellen Ausstattung interessieren: Was müsste es geben? Wäre da eine Standardisierung, dass man sagt, das ist die Ausstattung, die jeder Bezirk braucht, richtig? Ich weiß, das Feld ist breit; Sie haben jetzt eine VZE, es gibt Bezirke mit einer halben, es gibt Bezirke mit oberhalb von vier. Da kann man also viel machen – ob viel dann immer wirksamer ist, weiß ich nicht. Wenn ich mir angucke, was Sie als Einzelner leisten, ist das schon beeindruckend. Die Kommentare bei Twitter sprechen da Bände. Herzliche Grüße an den Kollegen Lier! – Weitere Frage: Natürlich ist auch die Qualifikation an der Stelle ganz entscheidend. Gibt es dort Erkenntnisse? Was braucht es, um das Amt eines Katastrophenschutzbeauftragten im Bezirk auszufüllen? Oder welche Forderungen an Qualifikation, an Ausbildung, an Fortbildung und Nachqualifikation sollten wir vielleicht noch mal in den Blick nehmen?

Ein anderes Thema, auch der Personalausstattung geschuldet, ist natürlich die Erreichbarkeit. Jetzt sind Sie eine Person, Sie machen das. Den Eindruck habe ich zumindest auch in den sozialen Netzen: Sie sind rund um die Uhr im Einsatz, kriegen natürlich nicht 24 Stunden bezahlt, vermute ich, sind trotzdem im Einsatz. Sie könnte ich wahrscheinlich, wenn jetzt irgendwo Not am Mann wäre, insbesondere auch über die sozialen Medien, wenn die denn noch funktionieren, erreichen. Aber wie ist es denn um die Rufbereitschaft der bezirklichen Katastrophenschutzbeauftragten bestellt? – Daran anknüpfend und mit Blick auf den aktuellen Bundeswehrskandal natürlich auch die Frage: Gibt es denn gesicherte Kommunikationsmöglichkeiten der bezirklichen Katastrophenschutzbeauftragten untereinander, in Ihrem Netzwerk, aber vor allen Dingen auch in Richtung Senat, in Richtung Katastrophenschutzzentrum? Was bräuchte es da? – Die Frage gerne natürlich an den Senat und insbesondere an Herrn Göwecke und Herrn Cachée.

Vielleicht noch als übergeordnete Frage: Best Practice. Wir haben jetzt vieles gehört, was in Lichtenberg funktioniert; Herr Cachée hat ja da sehr stakkatoartig aufgezählt. Ist es beim Senat schon so, dass man sich anschaut: Was funktioniert da, was machen die? Kann man davon – ein Beispiel sprachen Sie ja vorhin an – sozusagen Punkte nehmen, sie übertragen für andere Bezirke, dann auch als standardisiertes Angebot zur Verfügung stellen? Ich glaube, es ist sehr wichtig, dort voneinander zu lernen, um vielleicht schnell Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen.

Nächste Frage, anknüpfend – ich glaube, Herr Kollege Schrader hat es eben auch schon angesprochen – an die Ausführungen von Frau Sturm: das Bewirtschaftungskonzept und natürlich auch Flächenbedarfe und -berechnung. Da hätte ich gern noch mal eine Replik des Senats. Damit einhergehend, auch in Richtung Senat und Feuerwehr natürlich, ist das große Thema Kat-Schutz-Fahrzeuge bei der Berliner Feuerwehr. Sind wir dort im Plan? Es sind ja Bundes-

fahrzeuge, die ausgetauscht werden. Ich hatte gehört, wir haben noch mal ein paar Fahrzeuge zusätzlich jetzt bekommen. Vielleicht können Sie da noch mal ein kurzes Lagebild geben.

Die letzte Frage geht noch mal in Richtung Herrn Göwecke. Wir haben es ja vorhin gehört: Das Katastrophenschutzzentrum ist jetzt auf dem Weg. Das große Thema ist natürlich die Stellenbesetzung, Sie sprachen es vorhin an. Aber welche weiteren inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte sind denn gesetzt? Natürlich muss das alles erst aufwachsen. Sie können nicht mit 100 Prozent starten, das ist mir bewusst; aber was hat man vielleicht für die Jahre 2024, 2025 jetzt auch im Kontext der heutigen Anhörung da schon in der Pipeline? – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Herrmann! – Dann Herr Abgeordneter Dregger, bitte, Sie haben das Wort!

Burkard Dregger (CDU): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Ich möchte anknüpfen an die Ausführungen von General Uchtmann, der uns hier angesichts der sicherheitspolitischen Lage sehr deutlich gemacht hat, dass die Bundeswehr nachvollziehbarerweise nicht mehr so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft den Katastrophenschutz und überhaupt den Krisenschutz unterstützen können wird. Ich will das noch einmal deutlich in Erinnerung rufen: Während der Coronapandemie hatte die Bundeswehr in den Spitzenzeiten über 1 400 Soldaten in der Stadt im Einsatz – in Impfbzentren, helfende Hände in den Bezirksämtern, den Gesundheitsämtern, in den Altenheimen, an vielen Orten. Stellen wir uns einmal die Coronapandemie ohne einen einzigen Soldaten vor: Wir hätten ziemlich große Schwierigkeiten gehabt in Berlin. Das aber ist das, worauf wir uns jetzt vorbereiten müssen, weil die Bundeswehr nachvollziehbarerweise aufgrund der sicherheitspolitischen Veränderungen ihren Kernauftrag nach vorn stellen muss, nämlich die Verteidigung Deutschlands und des Bündnisgebietes. Das bedeutet auch: Wir müssen uns alle dieses Szenario vor Augen halten. Was bedeutet es eigentlich in einer Coronapandemie, einer anderen Pandemie oder einer anderen Großschadenslage, wie auch immer, diese bewältigen zu können in einer verletzlichen Großstadt mit fast 4 Millionen Menschen, für die wir Verantwortung haben? Ich glaube, dass wir über diese Anhörung hinaus dazu zu weiteren Überlegungen und auch Schlussfolgerungen kommen können. Deswegen ist es ungeheuer wichtig, dass wir uns weiterhin mit dem Thema beschäftigen.

Ich habe jetzt eine konkrete Frage an Herrn Göwecke. Wir haben die Ausführungen von Herrn Cachée über das Bezirksamt Lichtenberg gehört, die – das ist wirklich beeindruckend – ungeheuer viele Dinge schon bedacht und dafür auch Lösungen erarbeitet haben, die auf bezirklicher Ebene lageabhängig zum Einsatz kommen. Sind das Dinge, die Sie sehen, die Sie einbeziehen in Ihre Überlegungen? Denn Sie haben ja im Grunde die Aufgabe, Ähnliches für das gesamte Land Berlin zu entwickeln. Können Sie davon lernen? Und geschieht das auch, findet dort ein Austausch statt, damit Sie das Rad nicht neu erfinden müssen, sondern auf Grundlage der entsprechenden Expertise arbeiten können, damit Sie auch weiterkommen?

Die zweite Frage an Sie ist: Die Zahl der Stellen, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben, ist immer noch sehr überschaubar, aber die ja jetzt auch nicht nichts. Inwieweit ist es bei der Personalausreibung von Relevanz, dass die Personen krisenerfahren sind, dass sie sich also nicht mit vielen anderen wichtigen Themen der Berliner Verwaltungsbürokratie beschäftigt haben, sondern im Grunde die Fähigkeit haben, Krisen zu managen, aufzuwachsen, aufwuchsfähig zu sein, um dann mit ihrer Expertise auch fachlich zu führen? Es ist auch mein Appell an Sie, dass darauf geachtet wird. Das muss jetzt vielleicht nicht der beste Verwaltungsrechtler sein, aber er muss krisenerprobt sein. Wir haben ja jetzt Krisen bewältigt in der Vergangenheit, und wenn ich Richtung Feuerwehr und Polizei gucke, dann haben wir es da mit zwei Behörden zu tun, die unentwegt, tagtäglich Krisen bewältigen. Also: Jetzt bitte das bescheidene Personal zu einer schlagkräftigen Truppe zusammensetzen, die in der Lage ist, auch eine Großkrise zu handeln, weil sie da Erfahrung hat! Das wäre mein Appell, meine Bitte und auch meine Frage, ob das von Ihnen auch so gesehen wird und geschieht. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dregger! – Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Abgeordnetem Mirzaie. – Bitte, Sie haben das Wort!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Vielen Dank für die Ausführungen! Ich habe noch zwei Fragen beziehungsweise Punkte, die ich gern einbringen will, die bisher noch nicht beleuchtet wurden. Als Sprecher für Strategien gegen rechts habe ich es immer öfter mit fal-

schen und überzogenen Katastrophenszenarien zu tun, die zum Beispiel von rechtsextremen Parteien wie der AfD und anderen Akteuren gern benutzt werden, um gesellschaftlichen Unfrieden zu stiften. Dazu will ich fragen, inwieweit vor allem in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung solche falschen oder überzogenen Katastrophenszenarien Gegenstand Ihrer Forschungen sind und welche Antworten Gesellschaft und Politik geben können oder wie Sicherheit geschaffen werden kann, damit der Nährboden entzogen wird für solche Erzählungen, die ja in jeglichen Kontexten aufkommen; sei es das Heizungsgesetz, womit uns droht, dass wir dann alle bibbernd im Zimmer sitzen, sei es die Energiewende, die dazu führen wird, dass wir alle Blackouts und keinen Strom mehr haben. – Das sind ja alles Szenarien, die auch von Ihrer Partei kommen, weshalb ich manche Fragen und Anmerkungen auch etwas scheinheilig finde; aber das steht noch mal auf einem anderen Blatt.

Dann haben wir auch immer wieder das Thema rechte oder rechtsextreme Prepper. Wir hatten die Diskussion um das Aufliegen des Nordkreuz-Netzwerks, wo bestimmte Personen, auch aus Sicherheitsbehörden, aktiv waren. Da wäre die Frage: Welche Maßnahmen gibt es, um präventiv zu verhindern, dass gerade solche Katastrophen- und Bevölkerungsschutzstrukturen als Anlaufstelle oder Sammelbecken für Leuten dienen, die aus unlauteren Motiven heraus versuchen, hier ihren rechten, rechtsextremen Drive reinzubringen? Wie kann man verhindern, dass solche zwielichtigen Personen den Weg in die Katastrophen- und Bevölkerungsschutzstrukturen finden? – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mirzaie! – Dann sind wir jetzt bei der Antwortrunde der Anzuhörenden. Wir beginnen mit Frau Sturm. – Bitte, Sie haben das Wort!

Gudrun Sturm (DRK – Landesverband Berliner Rotes Kreuz e. V.): Sehr gern, Herr Vorsitzender! – Ich habe mir drei oder vier Notizen gemacht. Das eine war die Rückfrage, ob wir Änderungsbedarf im Katastrophenschutzgesetz sehen. – Ja, den sehen wir, um, das ist schon an verschiedenen Stellen angesprochen worden, von diesen Individualverhandlungen pro Einsatz mit einzelnen Personen wegzukommen. Da brauchen wir wirklich insgesamt einen Ansatz, der unabhängig davon gilt, ob es nun Reinickendorf, Lichtenberg oder andere Bezirke sind, die entsprechende Aufträge haben, und insbesondere auch, was die Freistellung von Ehrenamtlichen und die Anerkennung von Lohnfortzahlungen angeht.

Dann wurde nach dem Bewirtschaftungskonzept gefragt, was das eigentlich ist. – Sie haben dankenswerterweise im Haushalt die Vorsorge getroffen, dass konsumtive Mittel vorgehalten werden für die Hilfsorganisationen. In dem Bewirtschaftungskonzept – ich glaube, wir haben jetzt Teil A bis E – wird festgehalten, für was dieses Geld ausgegeben werden kann, teilweise sehr kleinteilig. Wir haben schon auch Kosten, die für Ehrenamtskoordination anerkannt werden. Das wird immer alles auf den ehrenamtlich Aktiven umgerechnet, als Beispiel jetzt nur. Was uns fehlt – Sie haben das gerade angesprochen, Herr Schrader –, sind Zuwendungsmittel auch für Personalkosten für hauptamtliche Experten, die wir haben. Das bezieht sich nicht nur darauf, Ehrenamt zu betreuen und zu koordinieren, sondern es müssen hier ganz klar auch fachliche, verwaltungstechnische Voraussetzungen erfüllt werden. Ansprechpartner für die Feuerwehr tagsüber – das muss gewährleistet sein. Da brauchen Sie auch hauptamtliche Ansprechpartner, und das ist das, was ich im Hinterkopf habe. Bisher habe ich noch nicht recht verstanden, warum es nicht möglich ist, das über Zuwendungsrecht zu gestalten. Wir haben ja in den verschiedensten Senatsbereichen Zuwendungen beziehungsweise Personalkosten, die

so gestaltet werden. Das ist bisher in diesem Bewirtschaftungskonzept nicht verankert. Aus meiner Sicht steht aber nichts dagegen, das zukünftig auch so zu tun.

Was das Bewirtschaftungskonzept selbst angeht: Das wurde das erste Mal für den Haushalt 2020 entworfen und wurde jetzt evaluiert, beziehungsweise hat das mehrere Reformen gehabt. Jetzt kommt noch mal eine Reform, da wesentlich mehr Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Ich hoffe sehr, dass es dabei bleibt, auch wenn wir wissen, dass wir an verschiedenen Stellen sparen müssen. Insoweit ist das jetzt in der Erarbeitung, ich weiß auch, dass daran gearbeitet wird, aber ich bitte um Vorlage und fachliches Feedback von den Hilfsorganisationen, was das Konzept angeht. Das könnte auch noch mal helfen. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Sturm! – Frau Prof. Sticher, bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Birgitta Sticher (HWR Berlin): Ganz vielen Dank für die vielen Fragen, die eigentlich ganz viel Zeit brauchten, um intensiver darauf einzugehen! Ich versuche, es so kurz wie möglich zu machen; einige ergänzen sich auch. – Herr Mirzaie, Sie haben eine Frage gestellt nach rechtsextremen Verhalten und Mythen. Zunächst noch mal die sozialwissenschaftliche Erkenntnis und ein Plädoyer für solide Forschung, auch international! Die zeigt zunächst mal, dass Plünderungen wirklich sehr selten sind. Herr Woldeit, die Triggerpunkte, nach denen Sie gefragt haben, sind zum einen natürlich eine Frage der Verinnerlichung von bestimmten Normen und Regeln vorher. Wenn Menschen sich da selbst außerhalb der Gesellschaft wahrnehmen, den Eindruck haben, dass sie ausgeschlossen sind, dass sie keine Gerechtigkeit haben, dann ist eine gewisse Barriere geringer als bei denen, die sich mit der Gesellschaft stärker identifizieren. In der Krise selbst aber ist ganz entscheidend die Frage: Wie ist zum einen das Vertrauen in die Institutionen? Wird deutlich gemacht, was in der Krise für wen und wie getan wird? Wird das als gerecht wahrgenommen? – Wenn hier die Kommunikation es nicht schafft, deutlich zu machen: Wir tun etwas für euch –, wenn zum Beispiel die subjektive Notlage ist: Ich brauche dringend Versorgung, Lebensmittel, die kommen aber nicht – das haben wir jetzt auch in Gaza gesehen –, wenn die Notlage so groß ist und keine Strategien gesehen werden, dann steigt die Bereitschaft, etwas zu tun, um diese Versorgung eigeninitiativ in die Hand zu nehmen. Ist die Krisenkommunikation aber so, dass sie deutlich macht: Wir haben gerechte Verfahren der Verteilung, und wir denken auch an euch –, dann geht die Plünderungswahrscheinlichkeit gegen null. Wir merken also: Vertrauen in soziale Situationen, Kommunikation von Verfahrensweisen zur Befriedigung von wirklich elementaren Bedürfnissen in der Katastrophe – das sind alles Punkte, die extrem wichtig sind.

Dann kommen wir zum nächsten Punkt: diese Vorannahmen. Es sind eben nicht Menschen, die Sie als in prekären Lebenslagen annehmen, von denen die meisten Gefahren ausgehen. Ich fand unsere intensiven Analysen von Hilfeverhalten in Berlin sehr interessant. Wir haben verschiedene Sozialräume genommen. Zum Beispiel sitzen in Steglitz-Zehlendorf viele Personen in sehr wohlhabenden Verhältnissen und haben massive Ressourcen. Die haben weniger Notwendigkeiten, sich in einer Krise mit anderen zusammenzutun, weil sie viele eigene Ressourcen haben. In der Thermometersiedlung hingegen, einer sozial prekären Hochbausiedlung, in der eine sehr diverse Bevölkerung lebt, war das Hilfeverhalten, auch die Bereitschaft zum Tausch von Ressourcen sehr viel höher. Es gab sehr kreative Ideen, was sie untereinander tun, um sich gegenseitig zu unterstützen. Auch im Wedding, in der überwiegend migrantischen Population war die soziale Netzwerkverbindung so viel höher und eine Selbstverständlichkeit,

sich in Krisen zu helfen. Hier muss man sich also wirklich die Mythen anschauen. Die Leute, die viel haben, sind nicht unbedingt die, die am ehesten helfen, sondern ihnen muss man Wege bauen für ihre durchaus vorhandene Motivation, andere zu unterstützen, da sie von sich aus wenig Notwendigkeit haben, aktiv zu werden.

Die Sozialraumanalyse macht deutlich: Berlin ist eine Stadt, die so unterschiedlich ist, und die Konzepte, die man in einem Katastrophenschutzzentrum entwickelt, müssen im Grunde Risikoanalyse umfassen. Das ist, wie Herr Cachée sagte, eine Analyse, die vor Ort da ist: Welche Bevölkerung habe ich? Welche Vulnerabilitäten? Welche Ressourcenverteilung? Welche Strukturen sind vor Ort vorhanden, um Hilfe zu mobilisieren? Was muss ich konkret tun? Wen muss ich einbinden? – Deswegen noch mal das Plädoyer: gründliche Analysen, Einbeziehung von Forschung, Sozialraum ernst nehmen mit den Vulnerabilitäten, aber auch den Resilienzen sowohl aufseiten der Bevölkerung als auch aufseiten der Strukturen, der Behörden; hier dann Konzepte entwickeln und permanent verändern.

Das Kat-I-Konzept ist das Billigste von allem. Wir haben immer die Klage: Wir haben zu wenig Geld da. – Die Bevölkerung einzubeziehen, ist vor allem eine Einstellung der Mitarbeiter in den Bezirken, die Wege finden. Wir haben ja auch das Zertifizierungskonzept, um Leute zu binden, Leute vor allem aber auch in der Situation aktiv zu machen. Ich habe vorher auch mit dem Deutschen Roten Kreuz gesprochen, auch hier wissen wir: Vor der Krise ist die Zeit, da man aktiv wird, um die Krise oder Katastrophe zu bewältigen. Wir brauchen die Strukturen vorher. Ich fände es extrem wichtig, wenn man auch die Qualifikation zum Beispiel zu einer Einbindung von Öffentlichkeit – – Da gibt es kreative Konzepte in diesem von mir vorhin beschriebenen Plan. Das ist eine Kooperation zwischen Senatsverwaltung, HWR – wir sind sehr erfahren in Schulungskonzepten, didaktischen Konzepten, in der Evaluation von Prozessen – und HTW; da wäre eine Professorin dabei, die Design Thinking, also kreative Prozesse der Bevölkerungsintegration, auch durch Methoden der Werbung, der Einbeziehung, der Interaktion, der Partizipation als ihren Schwerpunkt hat. Also nutzen Sie die Chancen, die da sind, auch etwas Geld in Forschung zu stecken, um damit punktuell Konzepte zu entwickeln, die dann implementiert und umgesetzt werden müssen! Das war hier auch noch eine Frage: Wir sind gern dabei zu evaluieren, aber das kostet natürlich Geld. Aber dieses Schulungskonzept ist im Prinzip im Vergleich zu dem, was feste Stellen auf Dauer kosten, immer auch noch relativ billig. – Das noch mal ein Plädoyer von mir zu diesem Thema. Wir brauchen Qualifikation und ganz viel Vernetzung. Lichtenberg ist auch der Standort, wo die HWR Berlin sitzt, ist der Standort, wo Herr Cachée aktiv ist. Da gibt es sozusagen Vernetzung von Praktikanten aus dem Sicherheitsmanagement bei ihm, da gibt es Möglichkeiten, auch im Bachelor und Master Sicherheitsmanagement hier Personal zu haben.

Ich bin auch im Gesamtvorstand zum Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit. Dort habe ich auch an der letzten Publikation des „Grünbuch“-Lagebilds, des interdisziplinären Lagebilds in Echtzeit, mitgeschrieben. Da haben wir noch mal einen Entwurf gemacht, wie die Qualifikation des Personals aussehen muss. Danach wurde ja auch gefragt: Was braucht das Personal für Kompetenzen, um in der Lage zu sein, adäquat auf die Anforderungen eines Katastrophenszenarios zu reagieren? – Die Kompetenzen sind wie gesagt ein ganz wichtiger Schlüsselfaktor, denn mit guten Kompetenzen bin ich in der Lage, relativ schnell, wie wir es bei Herrn Cachée gesehen haben mit seinem Masterabschluss, Ideen zu entwickeln, sie umzusetzen und etwas in Bewegung zu bringen. Es ist nicht so sehr das Geld, sondern es ist die Resource Bildung, und darauf sollte man auf jeden Fall großes Gewicht legen. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Prof. Sticher! – Herr Cachée, bitte!

Philipp Cachée (BA Lichtenberg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehen Sie es mir nach, ich bin bei den vielen Fragen nicht mit den Namen hinterhergekommen. Ich werde jetzt einfach meine Liste abarbeiten und hoffe, ich habe niemanden vergessen.

Die erste Frage, die ich mir notiert hatte: Sind die Bezirke derzeit handlungsfähig? – Selbstverständlich kann sich die Berliner Bevölkerung darauf verlassen, dass die Bezirke ihre Hausaufgaben gemacht haben. Wir stehen zueinander, wir sind durch das Katastrophenschutzgesetz auch zur Kooperation miteinander verbunden, und wir sind auch auf Bezirks- und Arbeitsebene im durchgehenden Austausch, sodass wir auch in der Lage sind, verschiedenste Lagen gemeinsam bewältigen zu können.

Zum Thema der Gelder in den Bezirken: Ja, da ist die Spanne tatsächlich sehr groß. Wenn ich Ihnen sage, dass einzelne Bezirke mit im Schnitt 300 000 bis 400 000 Einwohnern für ein ganzes Jahr 5 000 Euro zur Verfügung haben, um Katastrophenschutz zu machen, dann kann das nicht funktionieren. Das Top ist Lichtenberg zuzuschreiben, das sieht man ja auch an der Umsetzung. Das liegt aber auch daran, dass wir haushälterisch sehr brav arbeiten, und das schlägt jährlich mit knapp 70 000 Euro zu Buche, was aber immer noch nicht ausreicht, um es richtig machen zu wollen. Das ist wirklich auch noch Sparflamme. Hier muss definitiv mal berlinweit Geld zur Verfügung gestellt werden. Natürlich ist das Geld in den Hilfsorganisationen genauso wichtig wie aber auch bei uns in der Verwaltung, weil wir auch die entsprechenden Strukturen vorhalten und sichern müssen, um eben, wie es auch Brigadegeneral Uchtmann gesagt hat, die Aufrechterhaltung von Politik und Verwaltung sicherstellen zu können. Was hilft mein Rathaus, wo ich keinen Sprit mehr habe, weil mein Notstromdiesel leer ist? Dann brauche ich auch nicht mehr Verwaltung zu machen.

Es kam die Frage, wie ich das aktuelle Katastrophenschutzgesetz bewerte. Es ist gut. Es sind leider nicht alle Anmerkungen, die die Bezirke seinerzeit gemacht haben, mit eingeflossen. Wir sehen auch tatsächlich Handlungsbedarf dahingehend – jetzt auch als Live-Kommentar der anderen Bezirke –, dass zum Beispiel mal die Rufbereitschaften im Katastrophenschutz verankert werden sollten; dass das keine Kann-Option ist, dass der Katastrophenschutzbeauftragte am Sonntag um 2 Uhr erreichbar ist, sondern dass das eine Pflicht ist. Das beinhaltet nicht nur den Katastrophenschutzbeauftragten, sondern gemäß ASOG und gemäß Verordnung für die gemeinsame Einsatzleitung – – Ich denke, ich werde hier Frau Dr. Slowik und Herrn Kleist durchaus zugute sprechen, dass, wenn der Bezirk in der Nacht erreichbar ist, Polizei und Feuerwehr eben keinen Gebrauch machen müssen von der Ersatzvornahme, weil das zuständige Amt eben rechtzeitig erreichbar war. Das ist ja nur eine Kann-Option für diese beiden Behörden und keine „Wenn wir es nicht machen, machen die es eh“-Option. Dementsprechend muss in den Bezirken tatsächlich – die Vorgaben wären da, die Umsetzung fehlt leider – gezielt diese Rufbereitschaften für die notwendigen Fachämter angeordnet und finanziert werden. Aber auch hier dürfte es vermutlich wieder eher an der Finanzierung scheitern.

Ein weiterer Punkt, da muss ich Frau Sturm beispringen, ist das Thema der Helferfreistellung. Bis jetzt sieht lediglich das Feuerwehrgesetz die Möglichkeit der Helferheranziehung vor, nämlich, dass die ehrenamtlichen Kräfte ihr Geld, ihren Arbeitslohn ersetzt bekommen beziehungsweise die Arbeitgeber ihr Geld ersetzt bekommen. Das demotiviert Helfende und moti-

viert nicht, denn keiner hat in der heutigen Zeit bei steigenden Kosten die Möglichkeit, auf einen Tag seines Einkommens zu verzichten, weil irgendwo eine Weltkriegsbombe gefunden wurde. Entsprechend muss hier eine Möglichkeit geschaffen werden, dass auch Katastrophenschutzbehörden unterhalb der Katastrophen- und Großschadensschwelle über die Helferfreistellung Helfer heranziehen können; die nächste Weltkriegsbombe wird bestimmt gefunden. Das gilt natürlich auch für die Zeit der Fortbildung, wie gerade schon richtig angemerkt wurde. Mir helfen ja nur fortgebildete Einsatzkräfte. Wenn die nicht die Möglichkeit haben, Zugang zu neuen Erkenntnissen, egal, ob aus Wissenschaft oder Forschung, zu haben, wird es natürlich auch kritisch.

Dann gab es die Frage nach Personal und Finanzen in den Bezirken. Die Finanzen habe ich schon erwähnt; Personal ist natürlich so ein Ding. Herr Herrmann, Sie haben erwähnt, dass es Bezirke mit 4 VZE gibt. Das ist richtig, von den 4 VZE sind aber 3 für Brand- und Arbeitsschutz zuständig. Das heißt, da bleibt auch wieder nicht viel übrig. Zum Teil ist es in den Bezirken tatsächlich ein Null-Komma-Stellenanteil, und damit ist es nicht getan. Selbst ich mit 1 VZE könnte noch deutlich weiter sein, aber ich weiß auch nicht, wo ich anfangen und wo ich aufhören soll, und würde mich über eine zweite VZE durchaus freuen. Ich denke, in den Bezirken, an der Basis, wo die Risikoanalyse läuft, wo die Kommunikation laufen muss, ist es durchaus notwendig, dass wir bis zu 2 VZE ermöglichen, denn das ist anders einfach nicht möglich, alleine schon weil auch mal einer im Urlaub oder krank ist. Es muss ja im Prinzip trotzdem jemand erreichbar und greifbar sein.

Bezüglich der Qualifikationen gebe ich Ihnen auch vollkommen recht. Hier muss ganz klar etwas gemacht werden. Im Moment sind viele meiner Kolleginnen und Kollegen Verwaltungsmitarbeitende, die zusätzlich qualifiziert worden sind. Ich erlaube mir jetzt ein hoffentlich nicht zu freches verständliches Beispiel: Ich kann heute zum Beispiel von einem Mitarbeiter eines Grünflächenamts, den ich zwei Wochenenden auf einen Kurs schicke, nicht verlangen, dass er ein rechtsgültiges Tragfähigkeitsgutachten einer Hängebrücke erstellt. Es braucht einfach Fachleute. Ich bezeichne mich tatsächlich als Fachmann, und das liegt daran, dass ich dazu eben eine langjährige Ausbildung durchlaufen habe. Natürlich muss eine Übergangsregelung gefunden werden und eine Möglichkeit, die jetzt in den Bezirken oder in der Hauptverwaltung damit betrauten Mitarbeitenden aufzufangen und denen die Möglichkeit zu geben, sich einfach weiterzubilden. Jeder von uns ist in der Lage, diese interdisziplinäre Aufgabe wahrzunehmen, aber das ist keine Aufgabe, die ein Polizist wahrnimmt, der die Zusatzqualifikation nicht hat. Es ist keine Aufgabe der Feuerwehr. Wenn man sich in die Curricula der jeweiligen höheren technischen Dienste der Feuerwehr einliest, ist Katastrophenschutz da ein Bruchteil, und nicht eine Ausbildung. Auch hier muss also definitiv nachgebessert werden.

Im Bereich der Stellen geht es natürlich auch darum, dass die berlinweit gleich bewertet sein müssen. Es kann nicht sein, dass der eine in einem Bezirk eine E 9b bekommt und der andere irgendwo in Brandenburg eine E 15Ü für genau die gleiche Aufgabe. Wenn Sie Fachpersonal haben wollen, dann muss das Fachpersonal auch adäquat bezahlt und damit vor allem auch im Job gehalten werden.

Das Thema sichere Kommunikation: Vor menschlichen Fehlern ist auch die Bundeswehr nicht gefeit. Das Problem ist, dass wir durchaus schon seit Längerem im Austausch stehen mit der entsprechenden Abteilung der Innenverwaltung, dass wir dringend eine gesicherte Lösung

brauchen. Wir haben aktuell nicht die Möglichkeit, Dokumente ab einer gewissen Klassifizierung überhaupt austauscht zu können, außer ausgedruckt und mit Papiermappe und Boten. Wir haben also keine elektronischen Möglichkeiten. Es gibt auf dem Markt ausreichend Möglichkeiten, zumindest bis VS-NfD sicher kommunizieren zu können. Das brauchen wir dringend und hoffen, dass es da irgendwann eine Lösung gibt.

Dann hatte ich mir noch das Thema der Übung notiert. Sehen Sie es mir nach, dass ich nicht zu viel sagen will, denn das soll eine Realübung im Vollalarm werden, also auch mit einer integrierten Alarmierungsübung, um einfach mal einen Status quo erheben zu können, wie einsatzbereit wir tatsächlich sind. Eine angesagte Übung ist wie eine angesagte Brandschutzübung – da weiß ich nicht, ob es im Ernstfall funktioniert. – So viel zu meinen Ausführungen. Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Cachée! – Herr Uchtmann, bitte, Sie haben das Wort!

Jürgen Karl Uchtmann (Landeskommando Berlin): Herr Vorsitzender! Vielen Dank, dass ich die Fragen beantworten darf! Ich konzentriere mich auf die, die mir direkt gestellt wurden, derer waren es drei.

Ich beginne mit dem Stichwort Schnittstellenproblematik. Ja, die gibt es. Tatsächlich ist es ein Dilemma, und zwar in zweierlei Hinsicht. Wenn Sie zunächst mal auf die kritische Infrastruktur als einen Bereich gucken, der uns als Bundeswehrteil betrifft, dann sind es allein durch das BMI definiert zehn Handlungsfelder, die in den jeweiligen Ländern in unterschiedlicher Hand liegen. Das reicht von Gesundheit über Finanzen und Finanzierungswesen, über Wasser, Transport, Verkehr bis hin zu Staat und Verwaltung. Das sind die berühmten zehn. Die Zuständigkeit haben Bund, Land, Wirtschaft, Bundeswehr und natürlich auch hier das Land Berlin. Es ist nicht nur so, dass es diese Schnittstellen gibt, sondern es ist auch eine Herausforderung, die Experten und Fachleute zu identifizieren, die dazu beitragen können, einer konkreten Herausforderung Herr zu werden, und das unter der Maßgabe „geheim“. Sie haben von mir heute keine Folien gesehen, weil all das, was ich in hätte zeigen können, eingestuft ist, was hier in diesem Rahmen heute nicht geht. Die klaren Zuständigkeiten zu identifizieren und die Ansprechpartner zu finden, ist für uns eine Riesenherausforderung. Wir tun das momentan aktiv in folgenden Handlungsfeldern: im Bereich Bewegungs- und Handlungsfreiheit, logistische Leistungserbringung, Infrastruktur, Schadensabwehr und -beseitigung, Schutz und Gesundheitswesen.

Das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr, das diesen OPLAN verantwortlich ausarbeitet, hat zunächst in einem ersten Wurf sieben Handlungsfelder identifiziert – sieben Handlungsfelder gleich sieben Arbeitsgruppen –, an denen Berliner Expertise in insgesamt vier Handlungsfeldern gefragt ist. Diese Handlungsfelder sind: lebens- und verteidigungswichtige Strukturen, Führungsfähigkeit und gesamtstaatliches Lagebild, Wehrrersatz, Betreuung und Fürsorge, Gesundheitsversorgung, Flüchtlinge, Gefallene und Kriegsgefangene und strategische Kommunikation. Das ist der erste Aufschlag. Die bisherigen Erfahrungen des Territorialen Führungskommandos sagen, dass, wenn Sie ein Fass aufmachen oder ein Problem lösen, gleich drei neue dazukommen. Es wird also sicherlich nicht bei diesen sieben Handlungsfeldern bleiben, und die Schnittstellenproblematik als Dilemma wird uns weiter verfolgen.

Zum Stichwort Umkehr ZMZ: Ich bitte das so zu verstehen, dass das Primat der Politik unangetastet bleibt. Ich greife an dieser Stelle eine Frage von Ihnen auf: Wie ist mit der Amtshilfe weiter zu verfahren? – Genau wie früher, nur die Hürde liegt deutlich höher. Wir kommen dann, wenn andere Kräfte nicht mehr in der Lage sind, Gefahren für Leib und Leben abzuwehren. Das neueste Beispiel dafür war die Amtshilfe der Bundeswehr im Rahmen der Hochwasserkatastrophe in Teilen Deutschlands im Januar und Februar dieses Jahres. Wir wären früher wahrscheinlich sehr viel eher mit deutlich mehr Mann, Kraft und Gerät eingestiegen, als das zu diesem Zeitpunkt der Fall gewesen ist. Aber es ist tatsächlich der Kernauftrag, der uns bindet, und wir sind immer noch dabei, die Defizite aus Corona abzuarbeiten. Die volle Einsatzbereitschaft, das, was auch Kaltstartfähigkeit genannt wird, aber insbesondere die Kriegstüchtigkeit – das hat im Moment absolute Priorität, und dem müssen wir alle anderen Dinge nachordnen. Deshalb ist der Hemmschuh, bereitwillig auf Amtshilfe zu springen, deutlich enger, als er es vielleicht in der Vergangenheit gewesen ist.

Cyber: Wie auch bei der Gesamtverteidigung liegt im Bereich Cyber die Federführung beim BMI. Wir haben Kräfte, die Cyberfähigkeiten nutzen, sowohl in der Verteidigung, Aufspüren und möglicherweise auch im Angriff. Das dürfen wir aber nicht. Wir unterliegen, was aktive Cybertätigkeiten angeht, um zum Beispiel jemanden auszuschalten, von dem wir wissen, dass er uns stören will, schlicht und ergreifend einem parlamentarischen Auftrag. Der ist in Friedenszeiten so ohne weiteres nicht gegeben. Wir sind in den entsprechenden Gremien drin, wir arbeiten zu, wir arbeiten mit, aber wir sind da nicht der Federführer; das ist das BMI. Auch hier gibt es ein Zuständigkeitsdilemma, denn es gibt viele Kräfte an unterschiedlichen Stellen vom Bund bis zu den Ländern, die im Bereich Cyber tätig sind. Da gibt es Handlungsbedarf. Ich gehe davon aus, dass, wenn das BMI das Konzept Zivile Verteidigung letztlich fertig hat, sich daraus möglicherweise eindeutiger als in der Vergangenheit Zuständigkeiten ergeben und möglicherweise auch das, was wir den hybriden Raum vor dem Spannungsfall nennen, eindeutigeren Regelungen zugeführt wird, als das bislang der Fall ist.

Noch eine Anmerkung, wenn Sie mir die gestatten: Sie sprachen das Kapern, wenn ich das mit eigenen Worten sagen darf, von Notlagen, Katastrophenlagen durch Menschen an, die das für politische Zwecke nutzen. – In der Tat hat es in der Ahrtalkatastrophe einen Oberst gegeben, ehemaliger Bundeswehrsoldat, den Reichsbürgern zugeordnet, der dort einen eigenen Gefechtsstand gemacht hat und sich als Ansprechpartner zur Verfügung stellte, der allerdings sehr schnell identifiziert und durch die entsprechenden Behörden still- und dann kaltgestellt wurde. Der sitzt zurzeit ein. – Das beendet meine Ausführungen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Uchtmann! – Ich habe jetzt noch eine Nachfrage von Herrn Abgeordneten Woldeit gesehen. Ist das richtig? – Wenn es sich auf die Nachfrage beschränkt, gern; vielleicht ganz kurz. Bitte, Sie haben das Wort!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Es ist in der Tat nur eine kurze Nachfrage. Auf die ständigen beleidigenden Äußerungen des Kollegen gehe ich nicht mehr ein; das ist unter meiner Würde. – Frau Prof. Sticher, Sie sprachen auch von Öffentlichkeitsarbeit. Es ist ja gerade so, dass besonders Hilfsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz, das Technische Hilfswerk, die Feuerwehr in der Bevölkerung ein hohes Ansehen und einen hohen Respekt genießen. Ich muss ehrlich sagen, die Sichtbarkeit im Rahmen der PR- und Öffentlichkeitsarbeit ist subjektiv relativ gering. Können Sie uns sagen, welche Bereiche der

Öffentlichkeitsarbeit aktuell schon stattfinden, welche eventuell wissenschaftlich evaluiert werden und welche Sie sich eventuell noch wünschen würden?

Dr. Birgitta Sticher (HWR Berlin): In Anbetracht der Zeit: zunächst das Beispiel Deutsches Rotes Kreuz. Zum einen gibt es wirklich viele Ehrenamtler, die selbst durch ihre Person, durch ihre Wirkung in ihrem Netzwerk eine ganz besonders wichtige Ausstrahlung haben. Wir wissen, es sind nicht die großen Kampagnen, sondern es ist die überzeugende Arbeit vor Ort. Ich nehme ein kurzes Beispiel: Wir haben gefragt: Wie kommen Leute dazu, Polizist oder Polizistin zu werden? – Der größte Teil unserer Studierenden tut das, weil sie Personen im eigenen Umfeld haben, von denen sie gesagt haben: Die haben mich überzeugt, und deren Arbeit ist spannend. – Setzen wir also nicht auf die großen Kampagnen, sondern auf viel Dialog, Veranstaltungen, die in Schulen, über Freizeitaktivitäten, über eigene Bedarfe ansetzen!

Ein zweiter Blick: Wir haben in unserem Forschungsprojekt mal geschaut, was andere Länder machen. Wir brauchen teilweise kreative Ideen. Zum Beispiel gibt es in nordischen Ländern Ideen, da wird es dann teilweise ganz originell: Die Monster kommen! – Da wird also mit Monsterbildern so ein bisschen die Aufmerksamkeit der Jugendlichen hervorgerufen: Was tun wir, wenn die Monster kommen? –, um die neugierig zu machen. Wir brauchen also kreative Ideen, und wir brauchen ganz viel Dialog in lokalen Foren. Das sind überzeugende, die Leute emotional gewinnende Kampagnen. Trockene Information alleine ist es nicht, sondern wir brauchen aus dem Wissen darüber, wie ich adressatengerecht kommunizieren, heraus eine Strategie, die viele kleine Kampagnen, Partizipation und vorgelebte Vorbilder sind, und Kreativität. – Das ist, kurz gefasst, das wichtigste.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Prof. Sticher! – Dann hat der Senat die Möglichkeit zur Stellungnahme. – Herr Staatssekretär, bitte, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Anzuhörende! Ich danke Ihnen auch im Namen des Senats ganz ausdrücklich für die vergangenen drei Stunden, die wir miteinander in diesem wichtigen Themenfeld verbracht haben, und möchte im Prinzip an das anknüpfen, was Frau Prof. Sticher zuletzt ausgeführt hat und damit ganz ausdrücklich der aus meiner Sicht völlig falschen Behauptung, das Thema des Katastrophen- und des Bevölkerungsschutzes fristete ein Nischendasein, entgegenzutreten. Dem ist mitnichten so. Dem ist deswegen mitnichten so, weil es natürlich so ist – und das ist heute von Beginn an deutlich geworden –, dass wir seit 1990 in einer Zeit gelebt haben, in der wir alle aus der Zeit heraus, aus der Ex-ante-Sicht der Auffassung waren, wir müssten uns mit diesem Thema nicht mehr in dieser Ausführlichkeit, in dieser Nachhaltigkeit auseinandersetzen, wie wir das zu Zeiten des kalten Krieges gemacht haben. Insofern ist es wohlfeil, sich hier und heute hinzustellen und zu sagen, man hätte das in den letzten 30 Jahren alles anders machen sollen. In der Ex-post-Betrachtung ist das immer einfacher, aber aus der Ex-post-Betrachtung haben wir auch die Lehren schon gezogen. Natürlich kann man immer weiter sein, natürlich kann man immer noch besser werden, und genau da wollen wir hin. Ich will aber ausdrücklich der aus meiner Sicht sehr unzutreffenden Behauptung, dieses Themenfeld friste eine Nischendasein, es befinde sich an einem Nullpunkt et cetera, entgegenzutreten. Das ist nicht der Fall.

Wir haben letztes Jahr den ersten bundesweiten Bevölkerungsschutztag ausgerichtet, vom BBK gemeinsam mit den Bundesländern in Potsdam durchgeführt. Das ist ein Beispiel des-

sen, wie intensiv auf allen Ebenen darum geworben wird. Herr Uchtmann ist momentan sehr viel unterwegs. Wir alle sind momentan sehr viel unterwegs, um überhaupt die Sensibilität in der Zivilbevölkerung dafür wiederherzustellen, dass das ein Thema ist, mit dem man sich befassen möchte. Fragen Sie einmal in Ihrem Freundeskreis, wie viele Menschen überhaupt die Empfehlungen des BBK kennen, wie man sich privat bevorraten soll. Wie viele von ihnen haben mehr als 20 Liter Mineralwasser zu Hause im Keller oder einen Akku, um das Telefon aufzuladen? – Es ist insgesamt eine Aufgabe, der wir uns alle widmen müssen, wofür wir alle gemeinsam zusammenarbeiten müssen, horizontal und vertikal ebenenübergreifend, und wofür insbesondere auch die Hilfe jedes einzelnen Berliners, jeder einzelnen Berlinerin erforderlich ist. Deswegen werben wir sehr intensiv mit sowas wie dem Bevölkerungsschutztag, aber auch mit der bevorstehenden flächendeckenden Einführung der Katastrophenschutz-Leuchttürme in den Bezirken.

Ich bin Herrn Cachée dankbar, dass er das in Bezug genommen hat – die konkrete Nachfrage ist ja gestellt worden –: Wir haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Stand 1. März 2024 12 Standorte der Kat-L einsatzbereit, allerdings noch nicht in allen Bezirken. Aber die offizielle Markteinführung, wenn ich das so nennen darf, steht auch noch bevor. Für Senatorin Spranger und für mich ist das ein sehr wichtiges Thema, weil auch das ein Baustein der Schaffung von Resilienz in den Bezirken für die Bevölkerung darstellt.

Die Unterstützung der Hilfsorganisationen ist dabei auch aus unserer Sicht immer ein ganz wichtiger Punkt, weil einzelne Akteure dieses Themenfeld nicht alleine bearbeiten können. Ich habe jetzt schon mehrfach versucht, das herauszustellen. Es ist ganz am Anfang deutlich geworden: Wir haben in Berlin 37 zuständige Katastrophenschutzbehörden. Wenn man sich das mal auf dem Papier anschaut, wirkt das erst mal nach einem großen Zuständigkeitenwirrwarr. All das führen wir zusammen, als das koordinieren wir. Genau das macht die Projektgruppe von Herrn Göwecke, damit das alles entsprechend koordiniert und zusammengeführt wird. Da bilden die Hilfsorganisationen selbstverständlich einen ganz wesentlichen Pfeiler; nicht nur – und auch das ist in der Anhörung deutlich geworden –, weil sie mit beiden Füßen fest in der Gesellschaft verankert sind durch die vielen freiwilligen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die dort ihre Tätigkeit für die Gesellschaft ausführen, sondern auch, weil sie ganz wichtige Akteure in der Abarbeitung von entsprechenden Lagen sind, angefangen beim Stromausfall, angefangen bei der Weltkriegsbombe bis hin zu Dingen, die wir uns eigentlich gar nicht vorstellen möchten. All das geht nur zusammen.

Deswegen ist es richtig, dass wir dort auch gemeinsam in die Flächenakquise gehen. Wir unterstützen da nach Kräften, wo wir können. Die Suche nach Potenzialflächen ist in Berlin natürlich in besonderem Maße herausfordernd. Auch die Feuerwehr braucht eigentlich weitere Flächen, auch andere Akteure brauchen eigentlich weitere Flächen. Da will ich nicht das Thema Geflüchtetenunterkünfte als erstes nennen, aber es ist natürlich auch ein Punkt. Wir sind auf der Suche nach Flächen für die Schaffung von Wohnraum; das wichtige Projekt Beschäftigtenwohnen, das bei uns in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport angesiedelt ist, ist da auch ein wichtiger Baustein. Was sich damit zum Ausdruck bringen will, ist, dass der Konkurrenzdruck um das Suchen nach geeigneten Potenzialflächen in Berlin da ist, aber wir natürlich – und deswegen hatte ich versucht, die wichtige Rolle der Hilfsorganisationen noch mal hervorzuheben – dort gern und überall unterstützen, wo wir das können.

Beim Thema Sirenen, sehr geehrter Herr Abgeordneter Schrader, ist es in der Tat so: Wir würden uns wünschen, dass wir da weiter sind. Aber ich hatte es explizit hervorgehoben: Die Sirenen sind nur ein Baustein in dem gesamten Warnmittelmix. Auch da sind wir ja nicht untätig gewesen. Cell Broadcast haben wir sehr erfolgreich eingeführt in Berlin. Es funktioniert, und es ist ein ganz wichtiger Baustein. Die Sirenen – es ist auch dort in der Ex-post-Betrachtung immer einfach zu sagen: Warum habt ihr nicht? –, aber wir hatten zwischendurch eine Coronakrise, wo alle Hersteller Lieferschwierigkeiten hatten. Wir haben einen Ukrainekrieg, wo es Nachführungsschwierigkeiten bei den Rohstoffen gibt. Wir sind da auf einem sehr guten Weg, und mein Ziel ist es, dass wir Ende dieses Jahres die 411 Sirenen auf den Dächern haben. Schauen Sie sich so ein Gerät mal an: Es wiegt so um die 400 Kilogramm, und da ist neben der Suche nach Flächen, wo die aufgestellt oder angebracht werden können, eine statische Prüfung erforderlich. Das haben wir alles gemacht. Wir haben natürlich zuerst mit den Liegenschaften der Berliner Feuerwehr und der Polizei Berlin begonnen, haben uns dann andere öffentliche Einrichtungen angeschaut: Wo können wir sowas aufs Dach stellen oder an die Wand schrauben? – Das sind die beiden Wege, in denen das angebracht wird. Wir sind da auch technisch so – das hatte ich ja versucht auszuführen –, dass wir das auch individuell neben der Ansteuerung über MoWaS ansteuern können. Wie gesagt, ich bin fest davon überzeugt, dass wir da auf einem sehr guten Weg sind, und optimistisch, dass wir das bis Jahresende hinbekommen.

Zum Thema Cybersicherheit, Frau Abgeordnete Ahmadi, hat Herr Brigadegeneral Uchtmann das wichtigste gesagt, nämlich: Das ist originär eine Bundeszuständigkeit. Das heißt nicht, dass wir uns da aus der Verantwortung ducken, sondern wir haben auch bei uns im Haus, in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, eine Arbeitsgruppe Cybersicherheit, die hier vernetzt und die entsprechenden Akteure zusammenbringt. In der Tat ist das aber originäre Aufgabe des Bundes, BSI und so weiter, die sich damit in der Federführung befassen. – Jetzt habe ich die Herausforderung meiner eigenen Handschrift. Mangels Lesbarkeit des letzten Punktes, Herr Vorsitzender, würde ich an dieser Stelle gern noch mal Herrn Göwecke um ergänzende Ausführungen bitten, wenn Sie einverstanden sind.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! Das machen wir so, das gibt Ihnen Zeit für das Dechiffrieren. – Herr Göwecke, bitte, Sie haben das Wort!

Karsten Göwecke (SenInnSport): Vielen Dank! – Es war noch die konkrete Frage nach den PSNV-Strukturen. Die spielen natürlich auch im Katastrophenfall eine erhebliche Rolle. Ich habe selbst den Aufwuchs von der Anwendung von PSNV im Einzelfall über Großschadenslagen wie am Breitscheidplatz miterlebt. Wichtig ist, dass die dann auch in die Führungsstrukturen eingebunden werden. Ich glaube, da sind wir hier in Berlin vom Rechtsrahmen her weit vorn mit dem einzigen PSNV-Gesetz. Dadurch, dass der PSNV-Landesbeauftragte in absehbarer Zeit bei der Berliner Feuerwehr angesiedelt sein wird, ist er dann ja auch an eine der größten Katastrophenschutzbehörden so angebunden, dass man das auch in die Richtung vorantreiben kann; ganz wichtige Frage sicherlich, dass das passieren muss.

Zur Frage von Herrn Herrmann nach Kommunikationsinfrastruktur: Das ist ein wesentliches Thema. Wir sind im Hause Inneres gerade dabei, ein Kommunikationskonzept zur Endabstimmung zu geben, das ist vorabgestimmt mit der Senatskanzlei, und dann dort in die Planungen zu der gesamten digitalen Infrastruktur des Landes Berlin zu bringen mit dem Ziel, resilienter als bisher kommunizieren zu können und insbesondere die Führungseinrichtungen

des Katastrophenschutzes, also zum Beispiel den betroffenen Bezirk, in Zukunft mit dem Katastrophenschutzzentrum oder wie auch immer, mit der Feuerwehr, mit der Polizei stabiler und resilienter kommunizieren zu lassen, und zwar möglichst mit breitbandigen Lösungen. Schmalbandige haben wir jetzt schon.

Arbeitsschwerpunkte des Katastrophenschutzentrums: Erster Schwerpunkt wird sein, in Richtung Krisenmanagement zu gehen, also einen zumindest zeitweise alarmierbaren Rumpfstab aufzubauen und das Lagebild weiter auszubauen und zu unterstützen. Das ist der Schwerpunkt. Weitere Schwerpunkte, mit denen wir auch begonnen haben, werden Logistik und der Bereich Krisenkommunikation sein. Das sind die ersten drei Bereiche, wobei Krisenkommunikation von der Prävention angefangen bis hin zur Kommunikation im engeren Sinne in der Krise reicht, aber eben auch beginnend mit der Aufklärung der Bevölkerung und diesen Dingen. Dort wollen wir dann auch Konzepte einbringen. Das werden die ersten drei Schwerpunkte sein, in aller Kürze. Ich glaube, damit sind viele Dinge, die hier heute besprochen wurden, durchaus abgedeckt, wenn auch im Volumen sicherlich noch nicht abschließend. Wir haben gesehen, wie weitgehend, komplex und tiefgreifend das ist, wenn man genau hinguckt.

Die personelle Ausstattung, Herr Dregger: Das Konzept, diese 24 Stellen zu besetzen – und das war auch schon das Konzept der Projektgruppe –, ist, die Stellen interdisziplinär zu besetzen, also, sage ich jetzt einfach mal, nicht nur mit alten Knochen aus dem Katastrophenschutz, die aus einer Richtung kommen, wie mir, sondern wir haben ja eben gehört, wie breit das ist. Da ist genauso der Kommunikationsexperte notwendig, da ist der Helfer wichtig, der in einer Hilfsorganisation oder wie auch immer, vielleicht im THW langjährige Erfahrung hat und das mit einer Verwaltungsausbildung koppelt. Wir begrüßen das. Wir wollen natürlich jemanden haben, der sich in den Bezirken auskennt, also auch Menschen, die in der Berliner Verwaltung gewachsen sind. Das gilt es mitzubringen. Ich glaube, Frau Sticher hat sehr klar gemacht, wie wichtig auch das Thema soziologischen Sachverstands ist. Das ist das Ziel, und das versuchen wir im Moment zusammenzubringen mit den etablierten Stellenbesetzungsverfahren, die natürlich auch da sind. Aber das Ziel ist, hier ein interdisziplinäres Instrument zu schaffen mit Fachleuten, die im Tagesgeschäft schon in der Planung ganz verschiedene Skills zusammenbringen, um dem komplexen Thema dann gerecht zu werden. – Ich denke, das waren die Punkte, zu denen ich etwas sagen konnte. Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Göwecke! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann bleibt mir an dieser Stelle, den Anzuhörenden und Herrn Cachée ganz herzlich dafür zu danken, dass sie uns heute ihre Zeit geopfert haben und dass sie uns mit ihren fundierten Aussagen und Erläuterungen hier zur Verfügung gestanden haben. Es war wirklich ganz hervorragend. Herzlichen Dank dafür!

Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über Punkt 2 b, das ist der Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/0716. Da ist zunächst darauf hinzuweisen, dass das Berichtsdatum noch aktualisiert werden müsste, bevor wir insgesamt darüber entscheiden; das ist nämlich am 30. April 2023 abgelaufen, es ist ja schon eine etwas ältere Vorlage. – Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion. Herr Staatssekretär Hochgrebe hat eingangs ausgeführt, dass er das für erledigt hält, aber wir stimmen natürlich ab. Ich darf um das Handzeichen bitten, wer dem Antrag der AfD-Fraktion mit geändertem Berichtsdatum auf der Drucksache 19/0716 die Zustimmung erteilen möchte. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegen-

stimmen? – Bei Gegenstimmen der übrigen Fraktionen – Enthaltungen? – und ohne Enthaltungen ist damit dieser Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 2 a vertagen wir, bis wir das Wortprotokoll der Anhörung haben, und können ihn dann wieder aufrufen. – Der Vertagung wird, sehe ich, zugestimmt. Vielen Dank! Dann können wir den Tagesordnungspunkt 2 für heute verlassen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Wie hoch ist das tatsächliche Ausfallrisiko des Stromnetzes im Land Berlin und welche Auswirkungen hätte ein flächendeckender und länger andauernder Stromausfall (Blackout) auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung?
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

[0058](#)
InnSichO

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 28.11.2022

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Kontrolle des Waffenrechts
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0146](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Fahrdienstvermittlungs- und Mietwagengewerbe – Aktuelle Situation und Ansätze zur Bekämpfung von Missständen und potentiellen kriminellen Strukturen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0149](#)
InnSichO

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wie wird der Senat die konsequente Kontrolle von
illegalen Mietwagenangeboten garantieren?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0150](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aufsicht und Controlling im LKA 6 –
Selbstbereicherung bei verdeckten Ermittlungen
unterbinden**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0153](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *